



VERGABEUNTERLAGEN

VGF-EU 206/24

Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU)
(Sektorenverordnung)

Teilnahmewettbewerb (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Kurt-Schumacher-Str. 8, 60311 Frankfurt am Main, Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	4
Informationen zum Verfahren.....	4
153 Aufforderung Teilnahmewettbewerb Interessensbestätigung VGF 04-17 (1)	4
102 SectVO EU-Bewerbungsbedingungen VGF 04-17.pdf	8
108 Information Datenschutz VGF 08_23.pdf	10
VGF 206_24 Bewertungsmatrix Eignungskriterien	15
VGF 206_24 Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien	16
Anforderungen Reparaturkonzept.....	17
Formulare	19
106 Eigenerklärung Eignung Vordruck 04-17 (1).pdf	19
Eigenerklärung Sanktion gegen Russland.pdf	27
VGF_Verpfliktl_Tariftreue_HVTG_2021	29
VGF_Vertraulichkeitserklärung LuD.pdf	31
VGF Eigenerklärung LkSG 2024.....	35
155 Teilnahmeantrag-Interessensbestätigung Vordruck 04-17	38
Bietergemeinschaft/Nachunternehmen	40
103 Leistungen von Unterauftragnehmern bzw	40
104a Verpflichtungserklärung Leistungen anderer Unternehmer Vordruck 04-17	42
105 Erklärung Bieter- Arbeitsgemeinschaft Vordruck 04-17	43
104b Verpflichtungserklärung wirtschaftliche Eignungsleihe Vordruck 04-17	44
Vertragsbedingungen	45
2024-10-16 VertragGroßschäden-final.....	45
2024-10-16 Anlage 1 Preisblatt.....	58
2024-10-16 Anlage 2 Beistellliste.....	61
Eignungskriterien.....	62
Anlagen	64

Verfahren: VGF-EU 206/24 - Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	VGF-EU 206/24
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge
Auftragsbeschreibung	Gegenstand des Rahmenvertrages ist die Instandsetzung von verunfallten Fahrzeugen zur Wiederherstellung einer gegebenen Konstruktion nach Vorgabe und entsprechender Beauftragung durch die AG. Ziel ist es, ein verunfalltes Fahrzeug schnellstmöglich in den Reparaturkreislauf zu bringen. Die Fahrzeuge umfassen Straßenbahnmodelle des Typs R-Wagen, S-Wagen und T-Wagen sowie U-Bahn-Fahrzeuge der Typen U4 und U5.

VERFAHREN

Auftraggeber	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	60488Frankfurt am Main
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU)(Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein								
Art der losweisen Vergabe									
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 60%: 40%								
Klassifizierungen	<table> <thead> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>50100000-6</td><td>Reparatur, Wartung und zugehörige Dienste für Fahrzeuge und zugehörige Ausrüstungen</td></tr> <tr> <td>50222000-7</td><td>Reparatur und Wartung von Schienenfahrzeugen</td></tr> <tr> <td>50224000-1</td><td>Instandsetzung von Schienenfahrzeugen</td></tr> </tbody> </table>	Code	Bezeichnung	50100000-6	Reparatur, Wartung und zugehörige Dienste für Fahrzeuge und zugehörige Ausrüstungen	50222000-7	Reparatur und Wartung von Schienenfahrzeugen	50224000-1	Instandsetzung von Schienenfahrzeugen
Code	Bezeichnung								
50100000-6	Reparatur, Wartung und zugehörige Dienste für Fahrzeuge und zugehörige Ausrüstungen								
50222000-7	Reparatur und Wartung von Schienenfahrzeugen								
50224000-1	Instandsetzung von Schienenfahrzeugen								

ANGEBOTE

Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass zugelassen	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Rahmenvertrag
	Das Maximale Auftragsvolumen des Rahmenvertrages beträgt € 1,5 Millionen
	Die Wertangabe stellt einen unverbindlichen Schätzwert dar, um eine Vergleichbarkeit und angemessene Kalkulation der Preise sicherzustellen.

Auf-/Abbotsverfahren	Diese dient ausschließlich der Auswertung und begründet keinen Anspruch auf Beauftragung. Standard
----------------------	---

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung
Vorinformation

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	07.02.2025 23:59
Eröffnungstermin (nur VOB)	
Angebotsfrist	
Bindefrist	
Voraussichtlicher Versand Vorinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.05.2025
Ende	30.04.2029
Anmerkungen	Die AG hat das Optionsrecht, eine Verlängerung des Rahmenvertrages zweimal um jeweils 1 Jahr über den nach § 10 Abs. 10.1 dieser Vereinbarung bestimmten Zeitpunkt hinaus zu erklären.

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 07.02.2025 23:59 Uhr eingegangen sein.

Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Bieterfragen müssen unter "Kommunikation mit der Vergabestelle" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.

Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

BEARBEITUNG DER DOKUMENTE

Es sind alle Unterlagen, die dieser Ausschreibung beigelegt sind, zu sichten.

Ferner sind entsprechend den Anforderungen aus den Ausschreibungsunterlagen (Aufforderung zur Angebotsabgabe, Bekanntmachung etc.) **alle geforderten Formulare auszufüllen** bzw. alle geforderten Unterlagen dem Angebot anzuhängen. Grundsätzlich sind alle dem Angebot angehängte Formulare direkt im Online-Portal zu bearbeiten.

Sollte dies nicht möglich sein, ist das jeweilige Formular bzw. Dokument auszudrucken, handschriftlich auszufüllen und mit dem Angebot hochzuladen.

Zu unterschreibende Formularen sind, sofern diese im Online-Portal bearbeitbar sind, in Textform zu unterzeichnen (Unterschrift mit Tastatur in den dafür vorgesehenen Formularfeldern). Können Formulare im Online-Portal nicht unterzeichnet werden, dann sind diese auszudrucken, handschriftlich zu unterzeichnen und anschließend mit dem Angebot hochzuladen.

Das Online-Portal auf dem diese Ausschreibung inkl. Ausschreibungsunterlagen aufgeführt ist, unterscheidet bei den unter der Rubrik "Vertragsbedingungen/Formulare" aufgeführten Unterlagen nach PDF-Dokumenten mit blauen PDF-Symbolen (nur zu lesende Dokumente) und PDF-Dokumenten mit roten PDF-Symbolen (zu bearbeitende Dokumente). Wir weisen aber darauf hin, dass es möglich ist, dass Dokumente die mit einem blauen PDF-Symbol versehen sind, ebenfalls zu bearbeiten sind. Wir bitten daher die Bieter die Anforderungen aus den Ausschreibungsunterlagen (insbesondere die Aufforderung zur Angebotsabgabe und die Bekanntmachung) sorgfältig zu lesen und entsprechend die Unterlagen zu bearbeiten.

Bitte beachten Sie, dass nach Bearbeiten von Formularen im Online-Portal, das jeweilige Formular bzw. Dokument zu speichern ist. Hierfür ist in jedem Formular das Icon "Dokument speichern" (oben rechts im Formular) zu drücken. Ansonsten werden Ihre Eintragungen nicht gespeichert. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte aus dem Online-Portal.

Der Auftraggeber ist zur Anwendung der HVA-Dokumente verpflichtet. Die in den Vergabeunterlagen bzw. HVA-Formularen enthaltene Verweise auf die VOB/A-EU und die VgV sind sinngemäß auf die SektVO zu beziehen.

Das HVA-Angebotsschreiben ist das zentrale Dokument der Angebotsunterlagen. Elektronisch eingereichte Angebote müssen das vollständig ausgefüllte Angebotsschreiben enthalten.

Vergabestelle

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)

Einkauf & Materialwirtschaft

Kurt-Schumacher-Str. 8

60311 Frankfurt am Main

Deutschland

Ort: Frankfurt am Main

Datum:

Tel.:

Fax: +49 6921323336

E-Mail: vergabestelle@vgf-ffm.de

Az.-Nr.

Vergabeart:

- ☐ Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb
☐ Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb
☐ Nichtoffenes Verfahren
☐ Wettbewerblicher Dialog
☒ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Ablauf der Teilnahmefrist:

Datum: 14.02.2025 Uhrzeit: 10:00:00

- ☒ **Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb National**
☒ **Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb EU**
☐ **Aufforderung zur Interessensbestätigung EU**

Bezeichnung der Leistung:

VGF-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

Anlagen:

A) die beim Bewerber verbleiben und im Teilnahmewettbewerb zu beachten sind:

- ☒ HVA L-StB Bewerbungsbedingungen Teilnahmewettbewerb
☒ Übersicht Eignungskriterien, Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, Bewertungsmatrix Eignungskriterien
☒ Lastenheft Werkstattausrüstung, Beispielunfall S-Wagen, Reparaturkonzept
☒ Information Datenschutz
☒ Vertrag + Anlagen

B) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag / der Interessensbestätigung einzureichen sind:

- ☒ HVA L-StB Teilnahmeantrag/Interessensbestätigung
☒ HVA L-StB Eigenerklärung Eignung; HVA L-StB Erklärung Bürgergemeinschaft
☒ Eigenerklärung Sanktion gegen Russland, Verpflichtungserklärung Tariftreue HVTG
☒ Eigenerklärung LKSG, Vertraulichkeitserklärung
☒ HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen
☒ Verpflichtungserklärung wirtschaftliche Eignungsleihe
☒ Eignungskriterien: Angaben zu den Eignungskriterien müssen direkt auf der Vergabeplattform gemacht werden.
☒ Zertifizierung für klebtechnische Arbeiten nach DIN 6701; Zertifizierung für schweißtechnische Arbeiten nach DIN EN 15085-2

Die vollständigen Vergabeunterlagen (Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe einschl. der zugehörigen Anlagen) stehen wie folgt zur Verfügung:

- ☐ Unter der Internetadresse: _____
Unter obiger Anschrift der Vergabestelle

- 1 Es ist beabsichtigt, die oben genannte Leistung im Namen und für Rechnung
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Kurt-Schumacher-Str. 8, 60311
Frankfurt am Main

zu vergeben.

2 Auskünfte:

Auskünfte werden erteilt:

Siehe Vergabeplattform

Unter nachstehender Anschrift:

Stelle: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Telefon: +49 6921303

Fax: +49 6921323336

Straße: Kurt-Schumacher-Straße 8

E-Mail: vergabestelle@vgf-ffm.de

PLZ/Ort: 60311 Frankfurt am Main

3 Vorlage von Nachweisen, Angaben und Unterlagen:

- 3.1 Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind – zusätzlich zu den in den
Bewerbungsbedingungen Teilnahmewettbewerb genannten – mit dem Teilnahmeantrag bzw. der
Interessensbestätigung einzureichen:
Siehe Vorinformation oder Auftragsbekanntmachung
- 3.2 Der Bewerber hat mit seinem Teilnahmeantrag / seiner Interessensbestätigung auf gesonderter Anlage
aussagekräftige Unterlagen zu den vom Auftraggeber in der Eigenerklärung zur Eignung angekreuzten
Kriterien einzureichen. Diese werden entsprechend der Anlage „HVA L-StB Gewichtung
Auswahlkriterien“ bewertet.

4 Teilnahmeanträge/Interessensbestätigungen können gestellt werden:

- ☐ schriftlich, ☒ elektronisch in Textform,
☐ elektronisch mit fortgeschrittener Signatur, ☐ elektronisch mit qualifizierter Signatur.

5 Abgabe des Teilnahmeantrags/der Interessensbestätigung:

Bei schriftlichem Teilnahmeantrag bzw. Interessensbestätigung ist der beigelegte Teilnahmeantrag bzw.
die Interessensbestätigung zu unterzeichnen und mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum
Ablauf der Teilnahmefrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

- ☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle: _____

 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bewerbers und der Angabe Teilnahmeantrag/Interessensbestätigung für:

VGF-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

zu versehen (ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels).

Bei elektronischem Teilnahmeantrag/Interessensbestätigung in Textform sind der Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist der Teilnahmeantrag bzw. die Interessensbestätigung mit der geforderten Signatur zu versehen.

Der elektronische Teilnahmeantrag ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

6 Vorgesehene Anzahl von Bewerbern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen:

☐ Mindestens _____
☐ Höchstens _____
☐ _____

7 Maßgebende Kriterien und Wichtungen für die Wertung der Teilnahmeanträge bzw. Interessensbestätigungen:

Die Eignungskriterien und deren Bewertung gehen aus dem Dokument "Übersicht Eignungskriterien" hervor. Angaben zur Erfüllung der Eignungskriterien müssen die Bieter direkt auf der Vergabeplattform vornehmen. Sind dabei die Mindestanforderungen bereits bei einem Kriterium nicht erfüllt, wird die Bewerbung nicht berücksichtigt.

8 Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

Nationales Vergabeverfahren

Nachprüfungsstelle: Name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Straße: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

PLZ/Ort: 64283 Darmstadt

EU-Vergabeverfahren

Vergabekammer:
(§ 160 Abs. 2 GWB) Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

9

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)

(Unterschrift)

Bei elektronischer Übersendung ohne Unterschrift gültig

EU-Bewerbungsbedingungen

für die Vergabe von Leistungen im Straßen- und Brückenbau Ausgabe: April 2017

Hinweis:

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung (SektVO).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden sind.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- und fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zugelassen. Das von der Vergabestelle vorgegebene Leistungsverzeichnis ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend. Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

3.6 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben. Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingung als Vorhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle Unterlagen zur Preisermittlung zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Leistungen von anderen Unternehmen.

5 Nebenangebote

5.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Ergänzenden Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (z.B. ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

5.4 Nebenangebote, die den Nummern 5.1 bis 5.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

6 Bietergemeinschaften

- 6.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete in Schrift- oder Textform bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

- 6.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

7 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge / Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die dafür vorgesehenen Teilleistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

8 Eignung (Offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb)

Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- entweder die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“,
- oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)

ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Bezeichnung der Leistung:

VGF-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge
---------------	---

(Wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Information Datenschutz

Informationen zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Der Schutz Ihrer Personen bezogenen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen. Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

E-Mail-Adresse: datenschutz.einkauf@vgf-ffm.de

Internet-Adresse: <https://www.vgf-ffm.de/de/datenschutz/>

Sie erreichen unsere(n) Datenschutzbeauftragte(n) unter:

E-Mail-Adresse: datenschutz@vgf-ffm.de

Internet-Adresse: <https://www.vgf-ffm.de/de/datenschutz/>

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet) zulässigerweise gewinnen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteilen) berechtigt übermittelt werden. Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Name, Adresse und andere Kontaktdaten wie Telefonnummer und E-Mail-Adresse und IP). Wir speichern Personen bezogene Daten z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsaufträgen, Angeboten, Ihren Fragen welche Sie z.B. über Webformulare oder per E-Mail an uns senden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr), Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten und aufgrund welchen Gesetzes (Zweck der Verarbeitung)?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. a, b, c und e, Abs. 3 DSGVO wie folgt:

a) Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten

Die Verarbeitung von Daten erfolgt zur Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der fiskalischen Bedarfsdeckung für Behörden und andere staatliche Organisationen. Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach den konkreten Produkten (z.B. Bedarfserhebung, Abfragen und Analysen unter Behördenkunden künftig auch u. U. mittels des Bedarfserhebungstools; Durchführung von Vergabeverfahren zur Durchführung von vorvertraglichen und vertraglichen Maßnahmen, und der Abwicklung von Rahmenvereinbarungen im Rahmen des E-Procurements). Die weiteren Einzelheiten zu den Datenverarbeitungszwecken können Sie den maßgeblichen Geschäfts- und Nutzungsbedingungen entnehmen.

b) Wahrung berechtigter Interessen

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Erfüllung rechtlicher Pflichten oder zur Wahrnehmung im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben, insbesondere zur:

- Prüfung und Optimierung von Verfahren zur Bedarfsanalyse zwecks direkter Kundenansprache,
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten,
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs,
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten,
- Videoüberwachungen zur Wahrung des Hausrechts, für Zutrittskontrollen,
- Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten.

c) Aufgrund Ihrer Einwilligung

Die Zusendung unseres Newsletters über Neuerungen bei der e-Vergabe oder Informationen über zukünftige Vergaben in von Ihnen ausgesuchten Produktbereichen beruht auf Ihrer Einwilligung.

d) Aufgrund gesetzlicher Vorgaben

Zudem unterliegen wir als öffentlicher Auftraggeber rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Vergabeverordnungen, Wettbewerbsregistergesetz, Steuergesetze). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Identitätsprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten. Außerdem erfolgt eine Datenverarbeitung auf der Grundlage des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG).

4. Wer bekommt Ihre Daten?

Ihre Daten bekommen nur die für die Bearbeitung zuständigen Personen und diejenigen, die ein berechtigtes Interesse durch ihre Beteiligung darlegen können. So bekommen insbesondere bei Beschaffungen nur Personen bei dem Bedarfsträger und der Vergabestelle Angebote zur Kenntnis. Außerdem können zuständige Datenschutzbeauftragte, Vorgesetzte, Qualitätsmanager, Innenrevisoren, Nachprüfstellen, Vergabekammern, Rechnungs- und Preisprüfer sowie Angehörige der Rechnungshöfe in erforderlichem Umfang Einblick in Ihre Daten bekommen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter können zu diesem Zweck Daten erhalten. Dies geschieht z.B. um Daten für die Durchführung der Risikoanalyse nach LkSG zu erheben. Soweit Ihre Daten im Rahmen eines Auftragsverarbeitungsverhältnisses verarbeitet werden, wird auch der Auftragsverarbeiter zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

5. Werden Ihre Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb der Union) durch uns findet nicht statt.

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Dabei ist zu beachten, dass einige unsere Geschäftsbeziehungen auf Jahre angelegte Dauerschuldverhältnisse sind. Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden sie regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren - befristete - Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten:
Zu nennen sind das Handelsgesetzbuch (HGB), die Abgabenordnung (AO). Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. In Fällen der Beschaffung im Zusammenhang mit EU-geförderten Programmen beträgt die Aufbewahrungsfrist in der Regel 10 Jahre nach Ablauf des Förderprogramms.
- Nach § 147 Abs. 1 Nr. 1 AO sowie § 257 Abs. Nr. 1 HGB beträgt die Aufbewahrungsfrist in der Regel 10 Jahre nach Abschluss der Beschaffung.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

7. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

a) Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft betreffend der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

b) Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden.

c) Recht auf Löschung

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s.a. Dauer der Speicherung).

d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/Bieters zu verlangen.

e) Recht auf Widerspruch

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/ Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht.

f) Recht auf Unterrichtung

Es besteht ein Recht auf Unterrichtung, an welchen Empfänger Informationen weitergeleitet wurden, die berichtigt worden sind, die gelöscht wurden oder deren Verarbeitung eingeschränkt wurde.

g) Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen ein Recht auf Übertragung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format, wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und mit Hilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

h) Recht auf Widerruf

Es besteht ein Recht eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten zu widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der Datenschutzgrundverordnung, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, wird davon nicht berührt.

i) Recht auf Beschwerde

Es besteht ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde.

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten?

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung ist es erforderlich, dass Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, Verträge mit Ihnen zu schließen oder diese auszuführen. Sollten Sie uns notwendige Informationen und Unterlagen nicht zur Verfügung stellen, dürfen wir die von Ihnen gewünschte Geschäftsbeziehung nicht aufnehmen oder fortsetzen.

9. Findet eine automatisierte Entscheidungsfindung statt?

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir elektronische Unterstützung, aber grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie - sofern es gesetzlich vorgegeben ist - hierüber gesondert informieren.

10. Änderung des Zwecks der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten teilweise Ihre Daten mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Wir setzen Profiling beispielsweise in Fällen von Teilnahmewettbewerben bei der Vergabe von Dienstleistungen von Beraterteams, Dozenten und Coaching ein. Zudem wird im Rahmen der Risikoanalyse nach LkSG ein Scoring erstellt, um den weiteren Handlungsbedarf zu bestimmen. Wenn der Zweck der Verarbeitung der Daten durch uns geändert werden soll, werden Sie vorher darüber informiert.

Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund

von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

VGF-EU 206/24 Bewertungsmatrix Eignungskriterien

Anhand dieser Kriterien werden im Teilnahmewettbewerb geeignete Bieter festgestellt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Die Eignungskriterien können entweder "**Erfüllt**" oder "**Nicht erfüllt**" werden. Bei Nichterfüllung eines oder mehrerer Kriterien wird der jeweilige Bieter aus dem Verfahren ausgeschlossen. Bei unklaren oder fehlenden Angaben können Nachforderungen erfolgen. Die Angaben zur Erfüllung der Kriterien und nähere Beschreibung der Referenzen müssen die Bieter in den dafür vorgesehenen Feldern auf der Vergabeplattform machen.

Kriterium
Zertifizierung für klebetechnische Arbeiten nach DIN 6701
Zertifizierung für schweißtechnische Arbeiten nach DIN EN 15085-2
Vorlage von drei geeigneten Referenzen der letzten 5 Jahre

VGF-EU 206/24 Bewertungsmatrix

Dient zunächst der Information, ist erst in der Angebotsphase erforderlich.

Kriterium	Gewichtung in %	Gewichtung in Punkten	Gesamtpunktzahl
Lastenheft Werkstattausrüstung	30%	300	1.000
Reparaturkonzept	10%	100	
Preis Beispielunfall S-Wagen	60%	600	

Wertung Lastenheft Werkstattausrüstung

Muss-Kriterien: Können "erfüllt" oder "nicht erfüllt" sein. Bei Nicht-Erfüllung eines oder mehrerer Muss-Kriterien, wird das jeweilige Angebot in der finalen Angebotsrunde ausgeschlossen.

Soll-Kriterien: Können "erfüllt" oder "nicht erfüllt" sein. Für die erfüllten Kriterien erhalten die Bieter die Punktzahl des jeweiligen Kriteriums, die in der Spalte D des Lastenhefts angegeben ist.

Bei Nicht-Erfüllung eines oder mehrerer Soll-Kriterien erhält der Bieter keine Punkte, das Angebot wird jedoch nicht ausgeschlossen.

Wertung Reparaturkonzept

Für die Erstellung des Reparaturkonzepts werden die Dokumente "Beispielunfall S-Wg" und "Anforderungen Reparaturkonzept" bereitgestellt. Dabei werden die Anforderungen des Auftraggebers und die Schlüssigkeit der gemachten Angaben berücksichtigt. Für den Beispielunfall müssen dazu auch die Preise angegeben werden.

Die Anforderungen werden in vollem Umfang erfüllt bzw. die Leistung des Bieters sehr gut.	100%
Die Anforderungen werden weitestgehend erfüllt („Weitestgehend erfüllt“ heißt, dass nur eine oder wenige unerhebliche Abweichungen zu den Anforderungen bestehen).	60%
Die Anforderungen werden teilweise erfüllt (Die Anforderungen gelten dann als „teilweise erfüllt“, wenn eine deutliche Abweichung oder mehrere unerhebliche Abweichungen von der geforderten Leistung vorliegen).	30%
Die Anforderungen werden nicht erfüllt.	0%

Wertung Preis

Die Preise für alle Unterkriterien sind im Preisblatt und auf der Vergabeplattform durch die Bieter einzutragen.

Wertungspunkte =

$$\frac{\text{niedrigster Angebotspreis}}{\text{tatsächlicher Angebotspreis}}$$

* Preispunkte

In allen Bewertungskriterien wird bei Dezimalzahlen auf die zweite Nachkommastelle gerundet.

1. Schadens Erfassung und -bewertung

- **Dokumentation des Schadens:** Umfassende Aufnahme des Schadens durch Fotos, Videos und schriftliche Berichte.
- **Schadenanalyse:** Technische Untersuchung der Schadensursachen und -auswirkungen auf die Sicherheit und Funktionalität des Fahrzeugs.
- **Priorisierung:** Einteilung der Schäden in Kategorien (z.B. kritisch, hoch, mittel, gering) basierend auf ihrer Auswirkung auf den Betrieb.

2. Sicherheitsüberprüfung

- **Sicherheitsbewertung:** Überprüfung, ob das Fahrzeug weiterhin sicher betrieben werden kann oder ob es sofortige Maßnahmen erfordert.
- **Risikomanagement:** Identifikation potenzieller Risiken und Entwicklung eines Plans zur Risikominderung.

3. Reparaturplanung

- **Festlegung der Reparaturmethoden:** Bestimmung der geeigneten Techniken und Materialien für die Reparatur.
- **Ressourcenplanung:** Bedarfsermittlung an Material, Werkzeug und Personal.
- **Zeitraumen:** Planung eines realistischen Zeitrahmens für die Reparaturarbeiten.

4. Durchführung der Reparatur

- **Qualitätssicherung:** Sicherstellung, dass alle Arbeiten gemäß den geltenden Standards und Vorschriften durchgeführt werden.
- **Dokumentation der Reparatur:** Protokollierung der durchgeführten Arbeiten und verwendeten Materialien.

5. Abnahme und Test

- **Funktionsprüfung:** Durchführung von Tests, um sicherzustellen, dass alle Systeme ordnungsgemäß funktionieren.
- **Sicherheitsprüfung:** Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen gemäß den gesetzlichen Vorgaben.
- **Zertifizierung:** Erhalt aller notwendigen Genehmigungen und Zertifikate vor der Wiederinbetriebnahme.

6. Wiederinbetriebnahme

- **Informierung der Betreiber:** Kommunikation mit den Betreibern über den Status der Reparatur und die Wiederinbetriebnahme.

7. Dokumentation

- **Vollständige Dokumentation:** Alle Berichte, Prüfprotokolle und Reparaturdokumente sollten archiviert werden, um eine lückenlose Nachverfolgbarkeit zu gewährleisten.

Name und Anschrift des Bewerbers/Bieters

Ort: _____
Datum: _____
Tel.: _____
Fax: _____
E-Mail: _____
Ust.-ID-Nr.: _____

Eigenerklärung zur Eignung

(vom Bewerber/Bieter bzw. Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft auszufüllen
sofern nicht eine EEE eingereicht wird oder ein anderer Eignungsnachweis zugelassen ist)

Bezeichnung der Leistung:

VGF-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

(wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. Aufforderung Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung)

I. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Angabe über Ausschlussgründe gemäß § 42 VgV bzw. § 31 UVgO in Verbindung mit § 123 und § 124 GWB

Ich erkläre/wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß den §§ 123 und 124 GWB vorliegen, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellen.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber von den Bewerbern, welche zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen bzw. von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse¹ und eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes² auf gesondertes Verlangen vorlegen.

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

☐ Ich/wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich/mein Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

¹ Soweit mein/unser Betrieb beitragspflichtig ist

² Soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

II. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

- ☐ Ich bin/Wir sind in einem Berufs-/Handelsregister eingetragen.
- ☐ Ich bin/wir sind nicht zur Eintragung in ein Berufs-/Handelsregister verpflichtet, ich/wir kann/können aber auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen.

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung auf gesondertes Verlangen vorlegen:
Gewerbeanmeldung, Berufs-/Handelsregistrauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer oder anderweitige sonstige Nachweise.

III. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- ☐* **Nachweis eines bestimmten Mindestjahresumsatzes, einschließlich eines bestimmten Mindestjahresumsatzes in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags**

Der geforderte Mindestjahresumsatz beträgt: €*

Mein Jahresumsatz betrug:	Jahr	€,
	Jahr	€,
	Jahr	€.

Der geforderte Mindestjahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrages beträgt: €*

Mein Jahresumsatz in diesem Bereich betrug:	Jahr	€,
	Jahr	€,
	Jahr	€.

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen auf gesondertes Verlangen vorlegen.

- ☐* **Information über die Bilanzen des Bewerbers/Bieters**

Methoden und Kriterien für die transparente, objektive und nichtdiskriminierende Berücksichtigung des in den Bilanzen angegebenen Verhältnisses zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten*:

*

Beigefügt übersende ich die Bilanz meines/unseres Unternehmens

- ☐* **Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in bestimmter geeigneter Höhe**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir im Auftragsfall eine Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens _____ €* und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von mindestens _____ €* abschließen werde(n).

Eine entsprechende Zusicherung der Versicherung bzw. einen entsprechenden Versicherungsnachweis werde ich auf gesondertes Verlangen übersenden.

IV. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

☒* **Vorlage geeigneter Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen**

☐* **Der Auftraggeber akzeptiert auch Referenzen, welche mehr als drei Jahre zurückliegen**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in mindestens _____ : Fällen vergleichbare Leistungen erbracht habe(n).

1. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes und des Auftraggebers:

2. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes und des Auftraggebers:

3. Referenz: Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes und des Auftraggebers:

Es können auch mehr als drei Referenzen angegeben werden, diese sind dann auf gesonderter Anlage vorzunehmen.

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich /werden wir für die oben genannten Leistungen Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis in Anlehnung an beiliegendes Muster auf gesondertes Verlangen vorlegen.

☐* **Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen**

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Angabe der technischen Fachkräfte, die die Leistung tatsächlich erbringen	
Namen der Personen mit Funktion (auch technische Leitung)	Berufliche Qualifikation

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise in Form von Studiennachweisen oder sonstigen Bescheinigungen bzw. Angaben wie Berufserfahrung und ausgeübten Tätigkeiten zu den Personen einreichen

☐* **Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens**

Angabe der technischen Ausrüstung des Unternehmens

--

☐* **Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Unternehmens**

Angabe der Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Unternehmens

--

☐ * **Beschreibung der Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten des Unternehmens**

Angabe der Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten des Unternehmens

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise einreichen.

☐ * **Angabe des Lieferkettenmanagement- und Lieferkettenüberwachungssystems, das dem Unternehmen zur Vertragserfüllung zur Verfügung steht**

Angabe des Lieferkettenmanagement- und Lieferkettenüberwachungssystems, das dem Unternehmen zur Vertragserfüllung zur Verfügung steht

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise einreichen.

- ☐* Bei komplexer Art der zu erbringenden Leistung oder bei solchen Leistungen, die ausnahmsweise einem besonderen Zweck dienen sollen, eine Kontrolle, die vom öffentlichen Auftraggeber oder in dessen Namen von einer zuständigen amtlichen Stelle im Niederlassungsstaat des Unternehmens durchgeführt wird; diese Kontrolle betrifft die Produktionskapazität beziehungsweise die technische Leistungsfähigkeit und erforderlichenfalls die Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten des Unternehmens sowie die von diesem für die Qualitätskontrolle vorgesehenen Vorkehrungen

Folgende Kontrollen werden vom öffentlichen Auftraggeber oder in dessen Namen von einer zuständigen amtlichen Stelle im Niederlassungsstaat des Unternehmens durchgeführt:

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise einreichen.

- ☐* Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Unternehmens, sofern diese Nachweise nicht als Zuschlagskriterium bewertet werden

Mein/unser Unternehmen verfügt über folgende Bescheinigungen und Erlaubnisse zur Berufsausübung:

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise einreichen.

- ☐* **Angabe der Umweltmanagementmaßnahmen, die das Unternehmen während der Auftragsausführung anwendet**

Folgende Umweltmanagementmaßnahmen werde(n) ich/wir während der Auftragsausführung anwenden:

--

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise einreichen.

- ☐* **Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist**

Ich/Wir erkläre(n), dass wir im Durchschnitt der letzten drei Jahre über folgende Anzahl von Beschäftigten und Führungskräften verfügen:

Anzahl der Beschäftigten	Anzahl Führungspersonal

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise einreichen.

- ☐* **Erklärung, aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt**

Mein/unser Unternehmen verfügt für die Ausführung des Auftrags über folgende Geräte und technische Ausrüstung

--

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise einreichen.

☐ * **Angabe, welche Teile des Auftrags ich/wir als Unteraufträge zu vergeben beabsichtige (n)**

Folgende Teile des Auftrags beabsichtige(n) ich/wir als Unteraufträge zu vergeben:

Siehe ausgefüllter Vordruck HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen

☐ * **Bei Lieferleistungen Muster, Beschreibungen oder Fotografien der zu liefernden Güter**

Folgende Muster, Beschreibungen oder Fotografien der von mir/uns zu liefernden Güter habe ich beigelegt:

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/wir die Echtheit auf gesondertes Verlangen des öffentlichen Auftraggebers nachweisen.

☐ * **Bei Lieferleistungen Bescheinigungen, die von als zuständig anerkannten Institutionen oder amtlichen Stellen für Qualitätskontrolle ausgestellt wurden, mit denen bestätigt wird, dass die durch entsprechende Bezugnahmen genau bezeichneten Güter bestimmten technischen Anforderungen oder Normen entsprechen**

Die Einhaltung der technischen Anforderungen oder Normen durch Bescheinigung hierzu anerkannter Institutionen oder amtlicher Stellen wird bestätigt.

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich / werden wir auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise einreichen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen oder Nachweise auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden.

(Stempel und Unterschrift)

Bei elektronischer Versendung ohne Unterschrift gültig

Hinweis:

Bei den mit „ * „ gekennzeichneten Feldern hat die Vergabestelle durch Ankreuzen bzw. Eintrag festzulegen, ob und ggf. inwieweit der darin beschriebene Eignungsnachweis verlangt wird.

VGF-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktion gegen Russland

**gemäß Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art.
1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022**

zum Vergabeverfahren

Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

des Bieters/der Bietergemeinschaft

- nachfolgend als „Bieter“ bezeichnet -

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag/Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der Bieter gehört nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Wir erklären hiermit ausdrücklich unser Einverständnis mit dem Inhalt der vorstehenden Regelungen:

Ort, den Datum

(Unterschrift des bevollmächtigten Vertreters des Bieters / der Bietergemeinschaft)
(bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)

- (1)** Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a)** russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b)** juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c)** natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2)** Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a)** den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b)** die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c)** die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d)** die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e)** den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
 - f)** den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3)** Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4)** Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

(Name und Anschrift des Bieters)

Vergabenummer: **VGF-EU 206/24**

Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

Verpflichtungserklärung

zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

Nachfolgende Erklärung ist mit dem Angebot abzugeben.

1. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von Abs. 1, sondern von § 4 Abs. 2 HVTG erfasst werden, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.

- meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.

2. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.

3. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen

- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
- ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
- nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.

(Ort/Datum)

(Firmenbezeichnung/-Stempel)

Name des Erklärenden *)

*) Die Erklärung ist in Textform gem. § 126 b BGB abzugeben.

Bezeichnung der Leistung

VGf-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

(wie EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Vertraulichkeitserklärung zum Vergabeverfahren

" VGf-EU 206/24 / Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge "

des Bieters / der Bietergemeinschaft _____

- nachfolgend als „Bieter“ bezeichnet -

Vorbemerkung

Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH („**Auftraggeber**“), führt als Vergabestelle ein Vergabeverfahren durch („**Vergabeverfahren**“). Im Rahmen des Vergabeverfahrens werden dem Bieter Informationen übermittelt, die vertraulich behandelt werden müssen. Ausschließlicher Sinn und Zweck der Weitergabe vertraulicher Informationen im Rahmen des Vergabeverfahrens ist es, dem Bieter Informationen zur Verfügung zu stellen, die es ihm ermöglichen, ein Angebot im Vergabeverfahren abzugeben. Der Auftraggeber ist bereit, dem Bieter diese Informationen zur Verfügung zu stellen.

Die Geheimhaltung dieser Informationen gegenüber Dritten ist für die Auftraggeberin von größter Bedeutung. Ferner ist für die Auftraggeberin von größter Bedeutung, dass der Bieter die so erhaltenen Informationen ausschließlich für Zwecke verwendet, die im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren stehen und nicht für sonstige Zwecke. Vor diesem Hintergrund und zum Schutz des Auftraggebers erklärt der Bieter verbindlich folgendes zum Schutz der Vertraulichkeit:

1. Vertrauliche Informationen

- 1.1. Vertrauliche Informationen sind die in den Vergabeunterlagen niedergelegten Informationen sowie Informationen, die nach sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers erkennbar sind. Erfasst sind insbesondere Informationen über die Geschäftsführung, Mitarbeiter, Berater und Vertragspartner, Informationen über die Bereiche Einkauf, Betrieb, Verwaltung, Personal, Planung, Finanz- und Rechnungswesen des Auftraggebers.
- 1.2. Keine vertraulichen Informationen sind Informationen, von denen der Bieter nachweisen kann, dass
 - a) sie zur Zeit ihrer Offenlegung gegenüber dem Bieter bereits öffentlich bekannt waren,
 - b) sie nach ihrer Offenlegung gegenüber dem Bieter ohne dessen Verschulden veröffentlicht wurden oder
 - c) sich der Bieter diese Informationen unabhängig von den vom Auftraggeber oder einem Beratern vorgelegten Informationen zulässigerweise beschafft hat.

2. Geheimhaltungspflicht

- 2.1. Der Bieter verpflichtet sich, alle vertraulichen Informationen, die er im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren über den Auftraggeber erhält, vertraulich zu behandeln und geheim zu halten. Er darf sie ohne die vorhergehende schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nicht an Dritte ganz oder teilweise weitergeben oder diesen offenlegen.
- 2.2. Der Bieter verpflichtet sich, vertrauliche Informationen ausschließlich zu dem Zweck der Abgabe eines Angebotes in diesem Vergabeverfahren zu verwenden. Soweit dem Bieter schriftliche Unterlagen, die vertrauliche Informationen enthalten, oder vertrauliche Informationen in sonstiger kopierfähiger Form überlassen werden, ist die Anfertigung von Kopien ausschließlich zum Zwecke der Durchführung dieses Vergabeverfahrens erlaubt.
- 2.3. Der Bieter ist berechtigt, seinen Arbeitnehmern vertrauliche Informationen offenzulegen, soweit dies für die Erstellung eines Angebotes notwendig ist. Die Arbeitnehmer des Bieters unterliegen ebenfalls dieser Vertraulichkeitserklärung.
- 2.4. Der Bieter ist berechtigt, Dritten vertrauliche Informationen offenzulegen, soweit dies für die Erstellung eines Angebotes notwendig ist, z.B. gegenüber Beratern oder Mitgliedern seiner Aufsichtsgremien, die für die Zwecke der Anbahnung und Abwicklung des beabsichtigten Vertragsschlusses Zugang erhalten müssen. Der Bieter sichert zu, den mit vertraulichen Informationen befassten Dritten zur Wahrung der Vertraulichkeit im gleichen Umfang zu verpflichten, wie er selbst aus der vorliegenden Erklärung verpflichtet wird, sofern der Dritte nicht bereits gesetzlich (z.B. anwaltliche Verschwiegenheitspflichten) oder aufgrund vertraglicher Regelung (z.B. Vertraulichkeitserklärungen im Arbeitsverhältnis) im gleichen Umfang zur Verschwiegenheit verpflichtet ist. Der Bieter sichert zu, dass er Dritte von ihrer Verschwiegenheitsverpflichtung nicht ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung des Auftraggebers entbinden wird. Dies weist der Bieter dem Auftraggeber auf dessen Verlangen nach.
- 2.5. Der Bieter trägt dafür Sorge, dass ausschließlich diejenigen Mitarbeiter, ausgewählte Dritte (z.B. Berater) und Mitglieder von Gremien, die nach Maßgabe der Ziffern 2.3 und 2.4 erlaubter Weise Zugang zu vertraulichen Informationen haben, Zugang zu solchen schriftlichen und elektronischen Unterlagen einschließlich Kopien und Speicherungsformen erhalten, die vertrauliche Informationen beinhalten.
- 2.6. Wenn und soweit der Bieter gesetzlich oder aufgrund einer verbindlichen behördlichen oder gerichtlichen Anordnung verpflichtet ist, vertrauliche Informationen weiterzugeben oder zu veröffentlichen, hat der Bieter dies dem Auftraggeber unverzüglich, nachdem er selbst Kenntnis von dieser Verpflichtung erlangt hat, schriftlich anzuzeigen und vertrauliche Informationen nur insoweit an Dritte weiterzugeben oder zu veröffentlichen, wie dies nach den einschlägigen rechtlichen Vorschriften oder Anordnungen erforderlich ist.
- 2.7. Der Bieter wird den Auftraggeber unverzüglich informieren, wenn der Bieter, dessen Organe oder Mitarbeiter Kenntnis davon erlangen, dass vertrauliche Informationen unter Verstoß gegen diese Erklärung weitergegeben wurden.
- 2.8. Die Verpflichtung gemäß vorstehenden Ziffer 2.1 bis 2.7 zur Wahrung der Vertraulichkeit der erlangten Informationen schließt insbesondere die Pflicht ein, vertrauliche Informationen außerhalb des Vergabeverfahrens nicht für Wettbewerbszwecke zu nutzen.

3. Herausgabe, Vernichtung, Löschung

- 3.1. Dem Bieter steht kein Recht, insbesondere auch kein Zurückbehaltungsrecht, an den vertraulichen Informationen zu. Der Bieter verpflichtet sich, alle ihm zur Verfügung gestellten vertraulichen Informationen (einschließlich sämtlicher davon gefertigten Kopien, Abschriften, Aufzeichnungen auf Datenträgern und sonstigen Vervielfältigungen) zurückzugeben oder zu vernichten, soweit er nicht an der Weiterverfolgung seiner Teilnahme am Vergabeverfahren interessiert ist, endgültig vom Vergabeverfahren ausgeschlossen wird oder das Vergabeverfahren auf andere Weise beendet wird.
- 3.2. Der Bieter verpflichtet sich ferner, alle auf Grundlage der dem Bieter überlassenen vertraulichen Informationen gemachten Auswertungen von und Aufzeichnungen über vertrauliche Informationen zu vernichten beziehungsweise sicherzustellen, dass diese vernichtet beziehungsweise gelöscht werden, soweit er nicht an der Weiterverfolgung seiner Teilnahme am Vergabeverfahren interessiert ist, endgültig vom Vergabeverfahrens ausgeschlossen wird oder das Vergabeverfahren auf andere Weise beendet wird. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Bieter dem Auftraggeber die Vernichtung schriftlich nachzuweisen.
- 3.3. Soweit den Bieter gesetzliche Pflichten zur Aufbewahrung von Informationen treffen, bleiben diese von seinen Pflichten nach den Ziffern 3.1 und 3.2 unberührt. Die Herausgabepflicht nach den Ziffern 3.1 und 3.2 gilt nicht, wenn der Bieter in dem Verfahren den Zuschlag erhält. In diesem Fall richtet sich die Herausgabepflicht allein nach dem, zwischen dem Auftraggeber und dem Bieter abgeschlossenen Vertrag.
- 3.4. Soweit auf Datenträgern automatische Sicherungskopien gespeichert werden, deren Vernichtung oder Löschung nach Maßgabe der Ziffern 3.1 und 3.2 unmöglich ist, sichert der Bieter zu, dafür Sorge zu tragen, dass diese Informationen nur von Mitarbeitern oder Dritten zugänglich sind, die zur Wahrung der Vertraulichkeit nach Maßgabe dieser Erklärung verpflichtet sind. Der Bieter wird den Auftraggeber auf dessen Anforderung schriftlich darüber informieren, welche Mitarbeiter oder Dritte Zugang zu nicht vernicht- oder löschbaren vertraulichen Informationen haben.

4. Pflichtverletzung

Verstößt der Bieter gegen eine oder mehrere seiner ihm nach Ziffer 2 oder 3 obliegenden Pflichten, kann der Auftraggeber vom Bieter Schadensersatz verlangen. Der Bieter hat dem Auftraggeber insbesondere Schadensersatz für bereits vom Auftraggeber an den Bieter gezahlte Vergütungen, Kosten der Wiederholung von Vergabeschritten oder Kosten eines erneut durchzuführenden Vergabeverfahrens zu ersetzen.

5. Geltungsdauer

Die Geheimhaltungspflicht nach Ziffer 2 dieser Vertraulichkeitserklärung wird durch die Beendigung des Vergabeverfahrens oder durch die Rückgabe beziehungsweise Vernichtung der vertraulichen Informationen nicht berührt.

6. Schlussbestimmung

- 6.1. Jegliche Änderung und Ergänzung sowie die einvernehmliche Aufhebung dieses Erklärungsinhalts bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine Vereinbarung über den Verzicht auf das Schriftformerfordernis.

- 6.2. Sollte eine Bestimmung dieser Erklärung ganz oder teilweise ungültig sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen dieser Erklärung in Kraft. Die ungültige Bestimmung gilt in Übereinstimmung mit der Absicht und dem Zweck dieser Erklärung durch eine gültige Bestimmung ersetzt, die im Rahmen des gesetzlich Zulässigen in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung der ungültigen Bestimmung so nahe wie möglich kommt. Entsprechendes gilt für etwaige unbeabsichtigte Regelungslücken.
- 6.3. Diese Vertraulichkeitserklärung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vertraulichkeitserklärung ergebenden Streitigkeiten ist Frankfurt a.M.

Wir erklären hiermit ausdrücklich unser Einverständnis mit dem Inhalt der vorstehenden Regelungen:

_____, den _____
Ort Datum

(Unterschrift des bevollmächtigten Vertreters des Bieters / der Bietergemeinschaft)

Bezeichnung der zu beauftragenden Leistung

--	--

(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

**Verpflichtungs- und Eigenerklärung
zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten unter Berücksichtigung der
Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)***

Bezeichnung/Name des Auftragnehmers: _____

Die nachfolgende Erklärung ist mit dem Angebot abzugeben.

1. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns bei der Ausführung der Leistung

- a) die in § 2 Abs. 2 und 3 LkSG genannten Verbote zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt im eigenen Geschäftsbetrieb einzuhalten und gegenüber den am Auftrag unmittelbar oder mittelbar beteiligten Unterauftragnehmer:innen, Verleihunternehmen:innen und Lieferant:innen entlang der Lieferkette angemessen zu adressieren.
- b) in regelmäßigen Abständen (mindestens einmal jährlich) Schulungen/ Weiterbildungen zu den Verpflichtungen nach lit. a) für betroffene Mitarbeitergruppen im eigenen Geschäftsbereich durchzuführen sowie unsere Mitarbeitenden über das bestehende Beschwerdeverfahren des AG gemäß § 8 LkSG und den Zugang zu diesem zu informieren (www.stadtwerke-frankfurt.de Hinweisgeber-System: <https://www.stadtwerke-frankfurt.de/hinweisgeber-system/>).
- c) angemessene Kontrollmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Verpflichtungen nach lit. a) im eigenen Geschäftsbereich sicherzustellen und Vereinbarungen oder Zusicherungen zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt entlang der Lieferkette durchzusetzen.
- d) bei einer bereits eingetretenen oder unmittelbar bevorstehenden Verletzung der Verpflichtungen nach lit. a) im eigenen Geschäftsbereich unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diese Verletzung zu verhindern und zu beenden oder – soweit dies unmöglich oder unzumutbar ist – zu minimieren.
- e) bei substantiierter Kenntnis des Auftraggebers über eine Verletzung oder mögliche Verletzung der unter lit. a) genannten Verbote durch am Auftrag unmittelbar oder mittelbar beteiligte Unterauftragnehmer:innen, Lieferant:innen oder Verleihunternehmen auf Verlangen des Auftraggebers anlassbezogen ein Konzept zu erstellen und umzusetzen, um solche Verletzungen zu verhindern und zu beseitigen oder – soweit dies unmöglich oder unzumutbar ist – zu minimieren.

Die Angemessenheit bestimmt sich nach § 3 Abs. 2 LkSG. Weitergehende gesetzliche Verpflichtungen des Auftragnehmers nach dem LkSG bleiben unberührt.

2. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns:

- a) dem Auftraggeber auf Verlangen binnen angemessener Frist schriftliche Auskünfte über die Einhaltung der in § 2 Abs. 2 und Abs. 3 LkSG genannten Verbote zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt bei der Ausführung des Auftrags zu erteilen. Dies gilt unbeschadet etwaiger gesetzlicher Berichtspflichten des Auftragnehmers nach § 10 Abs. 2 LkSG. Das Auskunftsverlangen des Auftraggebers kann umfassend

oder z.B. auf bestimmte Verbote, bestimmte Unternehmen oder Standorte oder bestimmte Produktgruppen oder Produkte beschränkt sein. Von Unternehmen, die ihrerseits den Verpflichtungen des LkSG unterliegen, können Auskünfte zu allen nach diesem Gesetz zu erhebenden Informationen verlangt werden.

- b) den Auftraggeber auf Verlangen über die nach Ziffer 1 getroffenen Maßnahmen zu informieren und bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen die Verpflichtungen nach Ziffer 1 verstoßen wird, deren Einhaltung gegenüber dem Auftraggeber nachzuweisen.
- c) den Auftraggeber auf Verlangen zu bevollmächtigen, Auskünfte über die Einhaltung der in § 2 Abs. 2 und 3 LkSG genannten Verbote zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt bei der Ausführung des Auftrags sowie der nach Ziffer 1 getroffenen Maßnahmen bei Dritten einzuholen.

3. Bei einem schweren oder fortgesetzten Verstoß des AN gegen die Verpflichtungen nach Ziffer 1 oder 2 ist der AG zur fristlosen Kündigung des Auftrags berechtigt.

4. Mir/Uns ist bekannt, dass Unternehmen von der Teilnahme an einem Verfahren über die Vergabe eines Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrags bis zur nachgewiesenen Selbstreinigung nach § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Absatz 2 LkSG belegt worden sind.

5. Ich/Wir erkläre(n) hiermit,

- a) dass keine Strafen oder Geldbußen für die vorgenannten Tatbestände oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gegen mein/unser Unternehmen oder eine Person verhängt worden sind, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist,
- b) dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss meines/unseres Unternehmens von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

6. Mir/Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem/unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwaig erteilten Auftrags führen kann.

7. Ich/wir bin/sind uns bewusst, dass der Auftraggeber verlangen kann, dass mein/unser Unternehmen die vorstehenden Erklärungen von Unterauftragnehmern zu fordern hat und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen sind.

8. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns darüber hinaus:

- a) bei der Ausführung der vertraglich geschuldeten Leistungen alle mich/uns betreffenden Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Korruption einzuhalten. Diese Verpflichtung umfasst in jedem Fall das Verbot unrechtmäßiger Zahlungen oder der Gewährung anderer unrechtmäßiger Vorteile an Amtsträger:innen, Geschäftspartner:innen, an deren Mitarbeiter:innen, Familienangehörige oder sonstige Partner:innen, und das Verbot von Beschleunigungszahlungen an Amtsträger:innen oder sonstige Personen. Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig bei Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption unterstützen und sich insbesondere gegenseitig unverzüglich informieren, soweit sie Kenntnis oder einen konkreten Verdacht von Korruptionsfällen haben, die mit diesem Vertrag oder seiner Erfüllung in einem konkreten Zusammenhang stehen.
- b) meine/unser Sublieferant:innen im Zusammenhang mit dem Auftrag sorgfältig auszuwählen. Im Rahmen des mir/uns Möglichen und Zumutbaren fordere ich/wir die/den jeweiligen Sublieferanten zur Einhaltung aller ihn/sie betreffenden Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Korruption auf.

* Alle Verweise auf das LkSG beziehen sich auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) in der am 01.01.2023 in Kraft tretenden und sodann jeweils aktuellen Fassung. Diese Verpflichtungserklärung wird mit Vertragsschluss verbindlich. Sie gilt unabhängig von dem Zeitpunkt des vollständigen In-Kraft-Tretens des LkSG.

Ort, Datum

Unterschrift/Stempel

Name und Anschrift des Bewerbers

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGf)

Einkauf & Materialwirtschaft

Kurt-Schumacher-Str. 8

60311 Frankfurt am Main

Deutschland

Ort: _____

Datum: _____

Tel.: _____

Fax: +49 6921323336

E-Mail: vergabestelle@vgf-ffm.de

Ust.-ID-Nr.: _____

Az.-Nr.: _____

Ablauf der Teilnahmefrist:

Datum: 14.02.2025 **Uhrzeit:** 10:00:00

Teilnahmeantrag/Interessensbestätigung

Bezeichnung der Leistung:

VGf-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

(wie Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb bzw. zur Interessensbestätigung)

Ihre Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb oder zur Interessensbestätigung vom

- Anlagen: ☐ HVA L-StB Eigenerklärung Eignung
☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung Eignung (EEE)
☐ HVA L-StB Erklärung Bürgergemeinschaft
☐ HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen
☐ HVA L-StB Verpflichtungserklärung
☐ Unterlage gemäß Ziffer 3.1 der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb oder zur Interessensbestätigung
☐ Unterlage gemäß Ziffer 3.2 der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb oder zur Interessensbestätigung
☐ _____

1 Hiermit bewerbe(n) ich/wir mich/uns um die Teilnahme am Wettbewerb für oben bezeichnete Leistung.

2 Ich/Wir erkläre(n),

- ☐ dass ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
☐ dass ich/wir alle wesentlichen Leistungen, die nicht im „Verzeichnis der Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen“ aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

- 3 Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns zugegangene Änderungen der Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb Gegenstand meines/unseres Teilnahmeantrags / meiner/unserer Interessensbestätigung sind.

Unterschrift (bei schriftlichem Teilnahmeantrag bzw. Interessensbestätigung)

(Stempel und Unterschrift)

Ist

- bei elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag / Interessensbestätigung in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,
 - ein schriftlicher Teilnahmeantrag / Interessensbestätigung nicht an obiger Stelle unterschrieben oder
 - ein elektronischer Teilnahmeantrag / Interessensbestätigung, der/die signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,
- wird der Teilnahmeantrag / die Interessensbestätigung ausgeschlossen.**

Bezeichnung der Leistung:

VGf-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

(wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. Aufforderung Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung)

Verzeichnis der Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne(n) ich/wir Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen werde(n).

[illegible]

*) Sofern für die von einem Unterauftragnehmer zu erbringende Teilleistung der Bieter nicht geeignet ist, liegt ein Fall der Eignungsleihe hinsichtlich der technischen oder beruflichen Leistungsfähigkeit vor.

Eignungsleihe im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige(n) ich mich/wir uns im Rahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen. Hierzu benenne(n) ich/wir nachfolgend die Namen, den gesetzlichen Vertreter und die Kontaktdaten der hierzu vorgesehenen Unternehmen.

Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung

Bezeichnung der Leistung

VGF-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

(wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. Aufforderung Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung)

Verpflichtungserklärung
Leistungen von Unterauftragnehmern
bzw. von anderen Unternehmen
(vom Unterauftragnehmer bzw. anderen Unternehmen auszufüllen)

(Name und Anschrift)

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns im Falle der Auftragserteilung an die

(Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft bzw. Bewerbers/Bewerbergemeinschaft
oder des bevollmächtigten Vertreters der Bewerber-/Bietergemeinschaft)

die im „Verzeichnis der Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmen“ in den einzelnen
OZ und der zugehörigen Beschreibung der Teilleistung für unser Unternehmen aufgeführten Teilleistungen
zu erbringen.

(Ort)

(Datum)

(Stempel und Unterschrift
des anderen Unternehmens)

Anmerkung: Sofern Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, die Originale zu verlangen.

Bezeichnung der Leistung

VGF-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

(wie Aufforderung bzw . EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw . Aufforderung Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung)

Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft

(bei Angeboten von Bietergemeinschaften auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder:

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Ort) (Datum)

(Stempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Stempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Stempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Stempel und Unterschrift)

Bezeichnung der Leistung

VGF-EU 206/24	Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

(wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. Aufforderung Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung)

Verpflichtungserklärung im Rahmen der finanziellen oder wirtschaftlichen Eignungsleihe

(vom Unterauftragnehmer bzw. anderen Unternehmen auszufüllen)

(Name und Anschrift)

Der unten aufgeführte Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch.

(Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft bzw. Bewerbers/Bewerbergemeinschaft oder des bevollmächtigten Vertreters der Bewerber-/Bietergemeinschaft)

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemeinsam mit diesem zu haften.

(Ort)

(Datum)

(Stempel und Unterschrift
des Bewerbers/Bieters)

(Stempel und Unterschrift
des anderen Unternehmens)

Anmerkung: Sofern Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, die Originale zu verlangen.

**Rahmenvertrag
für die Instandsetzung von Großschäden
bei Straßen- und Stadtbahnen der VGF**

zwischen

der

**Stadtwerke Verkehrsgesellschaft
Frankfurt am Main mbH**

Kurt-Schumacher-Straße 8
60311 Frankfurt am Main

(nachfolgend „**AG**“ genannt)

und der

(nachfolgend „**AN**“ genannt)

wird folgender Rahmenvertrag geschlossen:

Präambel

Der AN führt Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Schienenfahrzeugen im Auftrag seiner Kunden durch. Die AG betreibt öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), insbesondere erbringt sie den Verkehr mit Straßenbahnen auf Straßenbahn- und U-Bahnlinien im Bereich der Stadt Frankfurt am Main.

Die AG beabsichtigt, unfallbedingte Großschäden an ihren Straßenbahnfahrzeugen des Typs R-Wagen, S-Wagen und T-Wagen sowie an ihren U-Bahn-Fahrzeugen des Typs U4 und U5 durch einen externen Anbieter beheben zu lassen.

Um eine schnellere Auftragsvergabe im Schadenfall zu gewährleisten, hat die AG den Abschluss eines Rahmenvertrages für die Instandsetzung von Großschäden an den Fahrzeugen europaweit ausgeschrieben (Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union Nr.). Mit allen als geeignet geprüften Bietern, ist danach ein Rahmenvertrag abzuschließen.

Dieser Rahmenvertrag enthält die Bestimmungen für die Vergabe und die Durchführung von Reparaturaufträgen („Einzelverträgen“) für die Beseitigung der Großschäden an den Straßenbahn- bzw. U-Bahn-Fahrzeugen der AG im jeweiligen Schadensfall.

§ 1 Grundlagen

1.1

Gegenstand des Rahmenvertrages ist die Instandsetzung von verunfallten Fahrzeugen zur Wiederherstellung einer gegebenen Konstruktion nach Vorgabe und entsprechender Beauftragung durch die AG. Ziel ist es, ein verunfalltes Fahrzeug schnellstmöglich in den Reparaturkreislauf zu bringen.

1.2

Mit Abschluss dieses Rahmenvertrages erfolgt noch keine Beauftragung des AN zur Unfallinstandsetzung.

1.3

Eine Auftragsvergabe durch die AG für eine konkrete Unfallinstandsetzung erfolgt erst dann durch Abschluss eines auf den Rahmenvertrag basierenden Einzelvertrages, wenn der AN das wirtschaftlichste Angebot im Rahmen des in § 3 dieses Rahmenvertrages beschriebenen Verfahrens abgegeben und den Zuschlag erhalten hat. Außerhalb des Verfahrens nach § 3 dieses Rahmenvertrages ist die AG nicht verpflichtet, den AN mit Unfallinstandsetzungen im konkreten Schadensfall zu beauftragen.

1.4

Die AG kann in jedem einzelnen Schadensfall nach ihrem freien unternehmerischen Ermessen entscheiden, ob sie eine Unfallinstandsetzung selbst vornimmt oder eine Auftragsvergabe nach § 3 des Rahmenvertrages durchführt. Entschließt sich die AG, die Unfallinstandsetzung selbst vorzunehmen, hat der AN keinen Anspruch auf Durchführung des Verfahrens nach § 3. Dieser Rahmenvertrag gewährt auch nicht das Recht auf Durchführung von Verfahren nach § 3 in einem bestimmten Mindestumfang.

§ 2 Vertragsbestandteile

2.1

Der Rahmenvertrag mit seinen Vertragsinhalten wird durch die nachfolgend genannten Vertragsbestandteile schriftlich fixiert. Bei etwaigen Zweifeln und Lücken gelten diese in der

nachfolgenden Reihenfolge:

1. Der vorliegende Rahmenvertrag einschließlich der Anlagen, wobei bei Widersprüchen der Rahmenvertrag den Anlagen vorgeht.
2. Verhandlungsprotokoll, welche während des diesem Rahmenvertrag zugrunde liegenden Verhandlungsverfahrens (Europaweite Ausschreibung Rahmenvertrag für Instandsetzungen von Großschäden an den Straßen- und Stadtbahnen, veröffentlicht im Supplement zum Amtsblatt der EU Nr.) erstellt wurden.
3. Die von der AG anlässlich des Aufrufs zum Wettbewerb erstellten Unterlagen nebst Anlagen und die daraufhin von dem AN abgegebenen Angebote nebst allen Ergänzungen und Antworten auf Fragen bzw. Fragenkataloge.
4. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

2.2

Soweit eine Beauftragung des AN durch die AG für eine Unfallinstandsetzung erteilt wird, gehen die dem Auftrag der AG zugrundeliegenden Unterlagen bei etwaigen Zweifeln und Widersprüchen den in § 2 unter Ziffer 2.1 genannten Vertragsbestandteilen vor.

2.3

Die Geltung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen des AN wird hiermit ausdrücklich ausgeschlossen, selbst wenn die Vertragsparteien in Auftragsbestätigungen, Bestellungen oder anderen Schriftstücken auf die jeweiligen Allgemeinen Geschäftsbedingungen Bezug nehmen.

§ 3 Auftragsvergabe

3.1

Beabsichtigt die AG eine Auftragsvergabe einer Unfallinstandsetzung, hat sie dem AN und allen anderen Rahmenvertragsteilnehmern jeweils eine Schadensmeldung abzugeben. Die Schadensmeldung erfolgt per E-Mail oder Fax und hat mindestens folgende Angaben zu enthalten: Wagennummer, Wagentyp, Kurzbeschreibung des Schadensbildes ggf. mit Fotos, Besichtigungsort, Ansprechpartner bei der AG.

3.2

Der AN verpflichtet sich, spätestens 15 Arbeitstage (Samstag, Sonntag und gesetzliche Feiertage in Hessen sind danach keine Arbeitstage) nach der Schadensmeldung der AG ein verbindliches Angebot zur Unfallinstandsetzung abzugeben. Gibt er ein Angebot nicht oder nicht rechtzeitig ab, wird er von der Vergabe des Einzelvertrages ausgeschlossen.

3.3.

Innerhalb der in vorstehender Ziff. 3.2 vereinbarten Frist ist der AN berechtigt, eine Schadensbegutachtung bei der AG vorzunehmen. Begutachtungen sind montags bis freitags -außer an Feiertagen- von 7:00 bis 14:00 Uhr möglich und rechtzeitig, mindestens 48 Stunden vorher, durch den AN bei der AG anzukündigen. Der AG bleibt vorbehalten, dem AN in Einzelfällen eine kürzere Ankündigungszeit einzuräumen.

3.4

Das vom AN zu stellende Angebot hat die Vereinbarungen und Vorgaben dieses Rahmenvertrages zu berücksichtigen. Das Angebot hat aufgrund des diesem Rahmenvertrag

als **Anlage 1** beigefügten Preisblattes sowie mit einem Reparaturkonzept zu erfolgen.

3.5

Die Auftragsvergabe im Sinne des § 1.3 durch Abschluss des „Einzelvertrages“ im Wege der Zuschlagserteilung erfolgt an denjenigen der Rahmenvertragspartner, der das wirtschaftlichste Angebot im Verfahren nach § 3 dieses Rahmenvertrages abgegeben hat. Angebote von Rahmenvertragspartnern, gegen die ein vertraglicher oder gesetzlicher Ausschlussgrund vorliegt, werden nicht gewertet. Für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots sind die folgenden Bewertungskriterien mit entsprechender Gewichtung zu berücksichtigen:

Reparaturkonzept (Vollständigkeit, Detailtiefe, Wiederverwendbarkeit und Aufbereitung von Bauteilen)	40%
Instandsetzungsbeginn und -dauer	25%
Arbeitsstunden gemäß Reparaturkonzept	10%
Preis	25%

Es werden alle vorliegenden Angebote hinsichtlich jedes Bewertungskriteriums auf einer Skala von eins bis fünf (wobei fünf der bestmögliche Wert ist) im Vergleich zueinander sowie unter Berücksichtigung der Anforderungen der AG und der Schlüssigkeit der gemachten Angaben der AN bewertet.

3.6

Die unterlegenen Mitbewerber werden unverzüglich nach Zuschlagserteilung (Abschluss des „Einzelvertrages“) unterrichtet. Ein Widerspruchsrecht wird mit Blick auf das vereinbarte Ziel des Rahmenvertrages, vgl. § 1 Abs. 1.1, ausgeschlossen.

§ 4 Durchführung der Unfallinstandsetzung

4.1

Der AN übernimmt nach entsprechender Auftragsvergabe auf eigene Kosten und eigenes Risiko den Transport des Straßen- bzw. U-Bahnwagens zu seiner Werkstatt und nach der Unfallinstandsetzung dessen Rücktransport nach 60488 Frankfurt am Main, Heerstraße 305 (Stadtbahnzentralwerkstatt der AG). Die AG kann von dem AN die Abholung von bzw. den Rücktransport zu einem anderen in Frankfurt gelegenen Betriebshof verlangen. Etwaige Verpackungs-, Versand-, Fracht- und Transportkosten sowie in diesem Zusammenhang entstehende Nebenkosten, wie Gebühren für das Aufstellen von Frachtbriefen, Wiegegebühren, Zählgebühren usw. sowie anfallende Ortsfrachten und Gebühren (Anschluss-, Bahnhof-, Stell-, Überführ- und Umstellgebühren) trägt insoweit der AN bzw. sind mit vereinbartem Preis für die Unfallinstandsetzung abgegolten.

4.2

Der AN hat der AG vor der Übernahme des Schienenfahrzeugs den Abschluss einer Landkasko-Versicherung für den Transport der Bahn von Frankfurt zur Werkstatt des AN und zurück sowie für den Aufenthalt in der Werkstatt des AN unaufgefordert nachzuweisen. Diese Versicherung muss mit Versicherungswert/Neuwert als ALL RISKS-Deckung bestehen. Die Versicherung hat sich auf sämtliche Fahrten, gleichgültig ob auf eigener Achse oder mit verkehrsüblichen Beförderungsmitteln, sowie auf sämtlichen Aufenthalte einschließlich Aufenthalt in den Reparaturwerkstätten, Depots etc. zu beziehen. Die AG ist im Versicherungsvertrag als Mitversicherungsnehmer aufzunehmen. Die Kosten für diese Deckung hat der AN zu tragen. Der AN hat der AG vor Übergabe der Bahn entsprechende Zertifikate über den Versicherungsschutz auszuhändigen. Die Versicherungssummen der vorgenannten Landkasko-Versicherungen sind für jede Bahn auf EUR 7,5 Mio. festzulegen. Der Versicherungsschutz muss für die gesamte Laufzeit dieses Rahmenvertrags (siehe Nr. 10.1) aufrecht erhalten werden. Die AG kann Zahlungen an den AN von dem Nachweis des Bestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

4.3

Der AN hat das Fahrzeug nach den zum Zeitpunkt des Abschlusses des Einzelvertrages in Deutschland gültigen gesetzlichen Bestimmungen, sonstigen Rechtsvorschriften, technischen Normen, Standards, Richtlinien und Empfehlungen und den dann aktuellen branchenüblichen „anerkannten Regeln der Technik“ sowie den behördlichen Vorgaben instand zu setzen. Diese Vorgaben gelten auch bei einer etwaigen Untervergabe des Reparaturauftrages oder von Teilen desselben an Subunternehmer. Der AN hat bei seinen Subunternehmern notwendige Zertifizierungen sicherzustellen und sie der AG auf Verlangen nachzuweisen. Insbesondere sind zu berücksichtigen:

- Europäische- (EN), nationale- (DIN) und internationale (IEC)-Normen
- VDE-Vorschriften und Richtlinien
- VDI - Richtlinien
- VDV - Schriften und Mitteilungen
- Vorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften
- Merkblätter und Richtlinien des TÜV und DVS
- Bau und Betriebsordnung für Straßenbahnen (BOStrab)
- Arbeitsstättenverordnung und Arbeitsstättenrichtlinien
- Anerkannten Regeln der Technik
- DIN EN 15085 für Schweißarbeiten
- DIN EN 6701 Kleben im Schienenfahrzeugbau/VDV 174 Klebarbeiten an Fahrzeugen nach BOStrab
- ISO-Zertifizierung 9001

4.4

Erfolgt eine Auftragsvergabe innerhalb dieses Rahmenvertrages mittels Einzelvertrags durch die AG an den AN, so umfasst die Unfallinstandsetzung des AN folgende Leistungen:

a)

Projektierung

(z.B. Projektkoordination, Arbeitsvorbereitung, Qualitätssicherung)

b)

Hin- und Rücktransport gem. § 4 Abs. 4.1 und Abs. 4.2 dieses Rahmenvertrages,

c)

Fahrzeugeingang

(z.B. Eingangskontrolle, Vollständigkeit, Sichtprüfung)

d)

Vermessung

Prüfung der Fahrzeuggeometrie gemäß Schadensbild vor und nach der Unfallinstandsetzung

e)

Demontage

f)

Instandsetzung

g)

Lackierung

h)

Montage

i)

statische Inbetriebnahme nach Prüfdokumenten des AG

j) - soweit gem. Einzelvertrag beauftragt - dynamische Inbetriebnahme nach Prüfdokumenten der AG (Probefahrt, Bremsprüfung, Protokollierung)

Die AG stellt, sofern erforderlich, die notwendigen Anlagen sowie einen Fahrzeugführer dem AN kostenfrei zur Verfügung, sofern die dynamische Inbetriebnahme bei dem AG erfolgt.

4.5

Sämtliche fahrzeugspezifischen Ersatzteile werden von der AG dem AN kostenfrei beigestellt. Sofern die AG eine Aufbereitung eines solchen beschädigten Teils wünscht, hat sie dies dem AN vor Angebotsabgabe gem. § 1 Abs. 1.3 dieses Vertrages mitzuteilen.

Darüber hinaus benötigte Materialien (z.B. Metallurgiematerialien im Rohbaubereich, Montagematerialien wie Normteile, Schweißzusatzwerkstoffe etc.) hat der AN bereitzustellen.

Der AN teilt der AG die benötigten Ersatzteile, welche die AG beistellen soll, frühestmöglich (i.d.R. erstmalig nach Schadensbegutachtung nach Rohbaufreilegung) mit. Er hat dafür das Formblatt gem.

Anlage 2 dieses Rahmenvertrages (Beistellliste) zu verwenden.

4.6

Etwaige von der AG dem AN überlassene Bauunterlagen, Fahrzeugdokumentationen, Zeichnungen o.ä. hat der AN ausschließlich für Unfallinstandsetzungen gemäß diesem Rahmenvertrag zu verwenden. Die Vervielfältigung und Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet. Die Unterlagen werden dem AN je Einzelauftrag zur Verfügung gestellt und sind der AG jeweils unmittelbar nach Abschluss der Unfallinstandsetzungen (Abnahme durch die AG) vollständig zurückgegeben. In elektronischer Form überlassene Unterlagen (Dateien) sind zu löschen.

4.7

Die AG führt gemeinsam mit dem AN zur Feststellung der Übereinstimmung mit den vom AN angebotenen Leistungen sowie der Betriebssicherheit in verschiedenen Etappen der Unfallinstandsetzung eines Fahrzeuges Prüfungen durch, soweit hiervon im Einzelvertrag keine abweichenden Regelungen getroffen werden.

Nach der dynamischen Inbetriebnahme bei der AG und einer Inspektion gem. § 57 Abs. 4 BOStrab führt die AG die vertragliche Abnahme gem. § 640 BGB durch.

4.8

Folgende Abläufe/Prüfabläufe i.S.d. vorstehenden Abs. 4.7 sind durchzuführen:

a)

Schadensbegutachtung nach Rohbaufreilegung

b)

Rohbauabnahme (keine Abnahme nach § 640 BGB)

c)

Werksprüfung bei dem AN

Diese Prüfung der AG hat nur zur Folge, dass das Fahrzeug zur AG zurückgebracht werden darf. Sie stellt insoweit keine Abnahme nach § 640 BGB dar. Ohne bestandene Werksprüfung darf der AN das Fahrzeug grundsätzlich nicht zur AG liefern.

d)

Fahrzeug-Überführung und Anlieferung zur AG

Die Lieferung des AN ist durch Belege (z.B. Lieferschein) nachzuweisen. Auf dem Lieferbeleg ist mindestens die Bestellnummer und Fahrzeugnummer anzugeben.

Der AN ist verpflichtet, alle Einzelheiten der Anlieferung mit der AG rechtzeitig abzustimmen. Der AN hat den Liefertermin des Fahrzeuges der AG rechtzeitig (mindestens 1 Woche vorher)

schriftlich (per E-Mail/Fax) anzuzeigen. Eine Anlieferung ist jeweils montags bis freitags (außer an Feiertagen) in der Zeit von 7:00 bis 14:00 Uhr möglich. Außerhalb dieser Zeiten ist eine Anlieferung ausgeschlossen.

e)

Fahrzeug-Inbetriebnahme bei der AG, sofern diese nicht ausnahmsweise auf Verlangen der AG bei dem AN erfolgt.

Die Restarbeiten zur Inbetriebnahme des Fahrzeuges – in der Regel bei der AG, nur ausnahmsweise auf Verlangen der AG beim AN – umfassen die statische und dynamische Inbetriebnahme.

f)

Inspektion gem. § 57 Abs. 4 BOStrab.

Diese Inspektion führt die AG durch.

g)

Die vertragliche Abnahme des Fahrzeuges setzt die erfolgreiche Fahrzeug-Inbetriebnahme und Inspektion gem. § 57 Abs. 4 BOStrab voraus. Die vertragliche Abnahme durch die AG erfolgt nach § 640 BGB. Über das Ergebnis der vertraglichen Abnahme ist eine Niederschrift zu fertigen. Erst mit der vertraglichen Abnahme geht die Gefahr auf die AG über.

Bei der vertraglichen Abnahme festgestellte oder beanstandete Mängel können auch dann geltend gemacht werden, wenn sie bei vorherigen Prüfungen bereits vorhanden waren und festgestellt wurden oder hätten festgestellt werden können.

§ 5 Rechnung, Zahlung

5.1

Abschlagszahlungen, soweit diese im Einzelfall vereinbart sind, werden nach Zugang einer prüffähigen Rechnung (Darlegung tatsächlich erbrachter Arbeitsstunden, Stundensätze, Leistungsnachweise) nebst Aufstellung bei der AG innerhalb von 30 Kalendertagen fällig. Die Aufstellung muss eine rasche und sichere Beurteilung der Leistungen ermöglichen. Sofern ein Zahlungsplan vereinbart wird, setzt die Fälligkeit zusätzlich einen entsprechenden Leistungsstand voraus. Rechnungen sind grundsätzlich in elektronischer Form als ZUGFeRD 2.0 an folgende E-Mail-Adresse zu versenden: rechnungswesen@vgf-ffm.de. Sofern dies nicht möglich ist, ist auch die Übersendung als PDF zulässig. Des Weiteren sind, sofern vorhanden, die Bestellnummer und die Zuordnung zu den jeweiligen Bestellpositionen anzugeben.

5.2

Sofern nichts Abweichendes vereinbart ist, werden Schlusszahlungen nach Abnahme gem. § 4.8 g) dieses Rahmenvertrages und Zugang einer prüffähigen Rechnung bei der AG innerhalb von 30 Kalendertagen fällig.

5.3

Bei Rückforderungen der AG aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Im Falle einer Überzahlung hat der AN den zu erstattenden Betrag - ohne Umsatzsteuer - vom Empfang der Zahlung an mit 9 % für das Jahr zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen. Diese Regelung lässt das Recht zur Geltendmachung etwaiger Verzugszinsen unberührt.

5.4

Die Vergütung des AN erfolgt auf der Grundlage des von ihm mittels Preisblatt (**Anlage 1** dieses Rahmenvertrages) angebotenen und vereinbarten Pauschalpreises und der Stundensätze.

5.5

Die jeweiligen Preise sind Festpreise und schließen die Vergütung für Nebenleistungen mit ein. Eine Gleitung für Lohn-, Material-, Geräte- und Stoffkosten wird nicht vereinbart. Nachlässe jeglicher Art, gleich ob prozentual oder pauschal angegeben, werden auch bei den Preisen von zusätzlichen und geänderten Leistungen in Abzug gebracht.

5.6

Etwaige Nachträge aufgrund für den AN unvorhersehbarem Mehraufwand am Fahrzeug für die Beseitigung verdeckter, bei der Schadensbegutachtung nicht feststellbarer Schäden sind von der AG nur zu vergüten, wenn sie solche Arbeiten vorher schriftlich beauftragt hat. Eine Beauftragung des AN durch die AG setzt ein Angebot des AN aufgrund des zu verwendenden Preisblattes (**Anlage 1** dieses Vertrages) auf Basis der für den Einzelvertrag vereinbarten Stundensätze voraus.

§ 6 Gewährleistung

6.1

Soweit im Einzelvertrag nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde, gelten für die Mängelansprüche der AG die gesetzlichen Regelungen.

6.2

Wird bereits während der Ausführung erkannt, dass sich Leistungen des AN als mangelhaft oder vertragswidrig abzeichnen, kann die AG den AN auffordern, die betroffenen Leistungen nachzubessern oder durch mangelfreie zu ersetzen. Kommt der AN der Aufforderung innerhalb einer von der AG gesetzten angemessenen Frist nicht nach, so ist die AG berechtigt, aber nicht verpflichtet, die mangelhafte oder vertragswidrige Leistung selbst zu erbringen oder anderweitig erbringen zu lassen und vom AN einen Kostenvorschuss oder den Ersatz der hierfür angefallenen Kosten zu verlangen. Hat der AN den Mangel oder die Vertragswidrigkeit zu vertreten, so hat er den hieraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Einer Kündigung oder Teilkündigung des Einzelvertrages bedarf es in diesem Fall nicht, sie ist jedoch nicht ausgeschlossen, auch wenn es sich nicht um in sich abgeschlossene Teilleistungen handelt.

6.3

Nach den Werksprüfungen bei dem AN gemäß § 4.8 c) beginnt keine Gewährleistungsfrist zu laufen. Die Gewährleistungsfrist beginnt vielmehr mit der Abnahme des Fahrzeuges.

6.4

Liefert der AN vertraglich vereinbarte Unterlagen innerhalb der vereinbarten Frist nicht rechtzeitig, kann die AG die ausstehenden Unterlagen im Wege der Selbstvornahme auf Kosten des AN durch Dritte erstellen lassen, wenn eine dem AN gesetzte Nachfrist von 14 Kalendertagen fruchtlos verstrichen ist. Der AG ist es gestattet, ihr entstehende Kosten aus der Ersatzvornahme bei vom AN nicht rechtzeitig erstellter Dokumentation von etwaigen Zahlungsansprüchen abzuziehen.

§ 7 Haftung, Haftpflichtversicherung, Vertragsstrafe

7.1

Der AN haftet der AG nach den gesetzlichen Bestimmungen. § 7 VOL/B findet keine Anwendung. Die Haftung der AG ist auf bei Vertragsschluss erkennbare vertragstypische Risiken beschränkt. Ihre Haftung für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen ist ausgeschlossen, sofern diese keine vertragswesentlichen Pflichten – also solche, auf die der AN regelmäßig vertrauen darf (z.B. Entrichtung der vereinbarten Vergütung, Überlassung der zu reparierenden Schienenfahrzeuge) –, Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder Garantien betreffen oder Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz berührt sind. Gleiches gilt für die Pflichtverletzungen der Erfüllungsgehilfen der AG.

7.2

Der AN hat eine angemessene Haftpflichtversicherung abzuschließen und während der Vertragslaufzeit dieses Rahmenvertrages aufrechtzuerhalten sowie deren Bestehen auf Verlangen des AG unaufgefordert nachzuweisen. Die Haftpflichtversicherung hat mindestens folgenden Deckungssummen pro Jahr (zweifach maximiert) zu beinhalten:

Personen-Sachschäden: 10.000.000,00 EUR

Vermögensschäden: 500.000,00 EUR.

Die AG kann Zahlungen von dem Nachweis des Bestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

7.3

Bei schuldhafter Überschreitung der vereinbarten Vertragstermine (Liefertermin/Fertigstellungstermin) hat der AN an die AG eine Vertragsstrafe nach folgender Maßgabe zu zahlen:

7.3.1.

Überschreitet der AN den vereinbarten Fertigstellungstermin, hat er für jeden Arbeitstag (Samstag, Sonntag und gesetzliche Feiertage in Hessen sind keine Arbeitstage) ab der Überschreitung 0,2 % der Gesamtabrechnungssumme (netto), insgesamt jedoch höchstens 5 % der Gesamtabrechnungssumme (netto), als Vertragsstrafe an die AG zu zahlen.

7.3.2

Wird der verbindliche Liefer-/ Fertigstellungstermin infolge von unverschuldeten Behinderungen des AN verlängert oder zwischen den Parteien neu festgelegt, so gilt die vorstehende Vertragsstrafenregelung gleichermaßen für die sich daraus ergebenden verlängerten oder neu festgelegten Termine. Bereits verwirkte Vertragsstrafen entfallen hierdurch jedoch nicht. Durch die Vereinbarung neuer Termine erkennt die AG darüber hinaus nicht an, dass sie den bisherigen Verzug zu vertreten hat.

7.3.3

Die Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche bleibt unberührt. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf entsprechende Schadensersatzansprüche angerechnet.

§ 8 Aufrechnung/Abtretung

8.1

Die AG ist jederzeit berechtigt, gegenüber den Forderungen des AN mit sämtlichen ihr zustehenden Gegenansprüchen gegen den AN - auch aus anderen Rechtsbeziehungen - aufzurechnen oder Zurückbehaltungsrechte geltend zu machen. Eine Aufrechnung durch den AN ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftigen Forderungen zulässig.

8.2

Abtretungen durch den AN sind ausgeschlossen. Der AN kann jedoch die Zustimmung der AG zur Abtretung verlangen, sofern der AN ein berechtigtes Interesse an der Abtretung der Forderung nachweist und dieses Interesse das Interesse der AG an dem Abtretungsverbot überwiegt. Im Falle der Zustimmung der AG findet § 354 a HGB trotzdem Anwendung. Der AN (Zedent) hat in diesem Falle der AG alle im Zusammenhang mit der Abtretung entstehenden Mehrkosten zu ersetzen.

§ 9 Sicherheiten

9.1

Soweit im Rahmen des Einzelvertrages vereinbart, hat der AN der AG für die Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eine Sicherheit in Höhe von 10 % der Nettoauftragssumme vor Abzügen wegen Umlagen, Gegenforderungen etc. zu leisten. Die Sicherheit wird durch Einbehalt von der 1. Abschlagsrechnung bzw. bei fehlender Auskömmlichkeit von weiteren Abschlagsrechnungen geleistet und ist durch Bürgschaft gemäß § 9.5 ablösbar.

Sind Abschlagszahlungen nicht vereinbart, ist der AN innerhalb von 10 Werktagen nach Abschluss des Einzelvertrages zur Stellung der Vertragserfüllungsbürgschaft verpflichtet. Stellt der AN die Bürgschaft nicht fristgerecht, ist die AG berechtigt, dem AN die weitere Leistungserbringung zu untersagen. Die durch die Leistungsuntersagung entstehenden Kosten hat der AN der AG zu ersetzen. Leistet der AN die Sicherheit auch nach einer schriftlichen Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Nachfrist, ist die AG zur Kündigung des Einzelvertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Andere Arten der Sicherheitsleistung - insbesondere die Hinterlegung von Geld - sind ausgeschlossen.

9.2

Die Sicherheit für die Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des AN aus dem jeweiligen Einzelvertrag einschließlich geänderter und/oder zusätzlicher Leistungen, insbesondere auf die vollständige, mangelfreie, termingerechte und sonstige vertragsgemäße Ausführung und Erfüllung der Leistung einschließlich Abrechnung, Vertragsstrafe, Mängelansprüche bis zur Abnahme einschließlich aus bei Abnahme festgestellter bzw. gerügter Mängel, Schadensersatz jeglicher Art und auf die Erstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen. Die Sicherheit für die Vertragserfüllung umfasst ferner Ansprüche der AG wegen Verletzung vertraglicher Pflichten durch den AN gem. §§ 241, 280 BGB sowie Regressansprüche der AG im Falle einer vom AN verschuldeten Inanspruchnahme der AG durch Dritte. Sofern die Parteien die Beauftragung von Optionen, Eventualpositionen oder Stufen vereinbart haben, bestimmt sich die Höhe der zu leistenden Vertragserfüllungssicherheiten allein nach dem Auftragswert der tatsächlich mit Vertragsschluss beauftragten Leistungen ohne Berücksichtigung der nicht beauftragten Optionen, Eventualpositionen oder Stufen. Bei diesen nachträglichen Auftragserweiterungen ist eine gesonderte Vertragserfüllungssicherheit durch den AN in Höhe der jeweiligen Auftragserweiterung erst mit Beauftragung durch den AG zu stellen. Die hiesigen Regelungen zur Stellung, Ablösung und Rückgabe einer Vertragserfüllungssicherheit gelten entsprechend für die vom AN wegen der Auftragserweiterung zu stellenden Vertragserfüllungssicherheit.

9.3

Soweit mit Einzelvertrag vereinbart, hat der AN für die Dauer der Mängelhaftung der AG Sicherheit für Mängelansprüche in Höhe von 5 % der Nettoabrechnungssumme vor Abzügen wegen Umlagen, Gegenforderungen etc. zu leisten. Die Sicherheit wird durch Einbehalt von der Schlussrechnung geleistet und ist durch Bürgschaft gemäß § 9.5 ablösbar. Andere Arten der Sicherheitsleistung - insbesondere die Hinterlegung von Geld - sind ausgeschlossen. Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung der Mängelansprüche der AG nach Abnahme aus sämtlichen erbrachten Vertragsleistungen einschließlich aller mit Mängeln zusammenhängender Zahlungs- und Schadensersatzansprüche sowie auf Ansprüche der AG aus der Abrechnung und auf die Erstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen. Die Sicherheit für Mängelansprüche umfasst ferner Ansprüche der AG wegen Verletzung vertraglicher Pflichten durch den AN gem. §§ 241, 280 BGB sowie Regressansprüche der AG im Falle einer vom AN verschuldeten Inanspruchnahme der AG durch Dritte.

9.4

Die AG ist berechtigt, von dem AN Sicherheitsleistung für etwaige Abschlagszahlungen, die von der AG aufgrund einzelvertraglicher Vereinbarung vor der vertraglichen Abnahme geleistet werden, zu verlangen. Die Höhe der erforderlichen Sicherheitsleistungen richtet sich danach, in welchem Wert Abschlagszahlungen der AG keine vertraglich abgenommenen Leistungen des

AN gegenüberstehen. Die Sicherheiten für Abschlagszahlungen sind durch Bürgschaften gemäß nachfolgendem Abs. 9.5 zu leisten. Stellt der AN die Bürgschaft nicht fristgerecht, ist die AG berechtigt, dem AN die weiteren Abschlagszahlungen von der Bürgschaftserbringung abhängig zu machen. Die hierdurch entstehenden Kosten hat der AN der AG zu ersetzen. Leistet der AN die Sicherheit auch nach einer schriftlichen Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Nachfrist, ist die AG zur Kündigung des Einzelvertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Andere Arten der Sicherheitsleistung - insbesondere die Hinterlegung von Geld - sind ausgeschlossen. Die Rückgabe der Bürgschaft hat spätestens mit vertragsgemäßer Abnahme der Leistung zu erfolgen.

9.5

Stellt der AN eine der vorgenannten Bürgschaften, so muss sie von einem in der Europäischen Gemeinschaft zugelassenen Kreditinstitut mit allgemeinem Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland gestellt werden. Darüber hinaus gilt:

a)

Der Bürge muss gegenüber der AG eine selbstschuldnerische, unbedingte und unbefristete Bürgschaft nach deutschem materiellem Recht übernehmen.

b)

Die Bürgschaft muss Zinsen, Spesen und Kosten jeder Art, die auf die verbürgte Forderung anfallen oder durch deren Geltendmachung entstehen, bis zum übernommenen Höchstbetrag sichern.

c)

Die Bürgschaft muss die Erklärung enthalten, dass auf die Einrede der Vorklage (§ 771 BGB) und das Recht auf Hinterlegung verzichtet wird.

d)

Die Bürgschaft muss ferner die Erklärung enthalten, dass die Bürgenhaftung durch eine Änderung in der Person des AN oder durch eine Änderung von dessen Rechtsform nicht berührt und auch nicht allein deshalb ausgeschlossen wird, weil die Abnahme der Leistungen des AN nicht entsprechend den vertraglichen Vorgaben erfolgt ist.

e)

Die Bürgschaftserklärung muss mit dem weiteren Inhalt ausgestellt sein, dass die Bürgschaftsforderung nicht früher als die gesicherte Forderung verjährt, die Vorschriften der §§ 767 Abs. 1 Satz 3, 768 BGB unberührt bleiben und im Höchstfall die Frist des § 202 Abs. 2 BGB gilt.

f)

Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur einer Urkunde zu stellen.

g)

Die Bürgschaft muss die Erklärung enthalten, dass für Verpflichtungen aus der Bürgschaft ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung findet und Gerichtsstand Frankfurt am Main ist.

Soweit die AG dem AN ein Bürgschaftsformular mit den in diesem Rahmenvertrag vereinbarten Voraussetzungen stellt, hat der AN dieses Formular zu verwenden.

9.6

Die AG hat eine nicht verwertete Sicherheit für die Vertragserfüllung spätestens nach Abnahme und Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche zurückzugeben, es sei denn, dass Ansprüche der AG, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch zu erfüllen sind. Dann darf sie für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten. Die Abnahme darf nur bei Stellung der vereinbarten Gewährleistungsbürgschaft erklärt werden.

9.7

Es ist der AG zur Vermeidung einer Doppelbesicherung verwehrt, wegen derselben und gleich abgesicherten Ansprüche einerseits die Vertragserfüllungssicherheit nicht zurückzugeben und andererseits weitere ihr zustehende Einwendungen zu erheben, insbesondere die dem AN zustehende Vergütung insoweit nicht auszuzahlen (z. B. Mängel einbehalt) bzw. die Sicherheit für Mängelansprüche oder sonstige Sicherheiten (z. B. Vorauszahlungsbürgschaft) in Anspruch zu nehmen.

9.8

Eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche ist von der AG nach Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche auf Verlangen des AN zurückzugeben. Soweit unterschiedliche Verjährungsfristen gelten, wird die Sicherheit jeweils in der Höhe der Nettoabrechnungssumme reduziert, die auf die Leistungen entfällt, für die die Verjährungsfristen abgelaufen sind. Die AG ist unabhängig davon jeweils berechtigt, einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückzuhalten, soweit zu dem vorgenannten Zeitpunkt ihre geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind.

§10 Laufzeit des Rahmenvertrages und Lösung des Vertrages durch den AG

10.1

Dieser Rahmenvertrag beginnt mit der Zuschlagserteilung an die drei Bieter, die die wirtschaftlichsten Angebote im Rahmen des Vergabeverfahrens für den Abschluss des Rahmenvertrages abgegeben haben und hat eine Laufzeit vom 01.01.2025 bis 31.12.2028.

10.2

Die AG hat das Optionsrecht, eine Verlängerung des Rahmenvertrages zweimal um jeweils 1 Jahr über den nach § 10 Abs. 10.1 dieser Vereinbarung bestimmten Zeitpunkt hinaus zu erklären. Die Verlängerung ist dem AN spätestens drei Monate vor dem Vertragsablauf bzw. vor Ablauf der ersten Verlängerung schriftlich anzuzeigen.

10.3

Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bei Vorliegen eines wichtigen Grundes bleibt unberührt.

10.4

Die AG kann insbesondere auch dann vom Rahmenvertrag zurücktreten oder den Rahmenvertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn

a)

der AN Personen, die auf Seiten der AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Rahmenvertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung der AG Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt.

Solche Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Rahmenvertrages befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den genannten Personen der AG unmittelbar oder in ihrem Interesse ihren Angehörigen oder anderen ihnen nahestehenden Personen oder im Interesse des einen oder anderen einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

b)

Der AN vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen im Angebotsschreiben abgibt.

10.5

Die Kündigung dieses Rahmenvertrages oder der Rücktritt von diesem Rahmenvertrag lässt die eingetretenen Rechtsfolgen bezüglich erfolgter Einzelverträge (Auftragsvergabe gemäß § 3.5 dieses Rahmenvertrages) – einschließlich der Fortgeltung der Regelungen dieses Rahmenvertrages für die Einzelverträge – unberührt, es sei denn die AG erklärt gleichzeitig mit Kündigung des Rahmenvertrages oder Rücktritt von diesem auch Entsprechendes für den Einzelvertrag.

§11 Schlussbestimmungen

11.1

Alle Änderungen und Ergänzungen dieses Rahmenvertrages bedürften zu Ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieser Schriftformklausel.

11.2

Sollte eine Bestimmung dieses Rahmenvertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchsetzbar sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit aller übrigen Bestimmungen dieses Rahmenvertrages nicht berührt. Die unwirksame oder undurchsetzbare Bestimmung ist als durch diejenige wirksame und undurchsetzbare Bestimmung ersetzt anzusehen, die dem von den Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchsetzbaren Bestimmung verfolgten wirtschaftlichen Zweck am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, falls bei der Durchführung des Rahmenvertrages eine ergänzungsbedürftige Lücke offenbar werden sollte.

11.3

Beide Vertragsparteien dürften Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse des jeweils anderen Partners, die ihnen während ihrer Geschäftsbeziehung bekannt geworden sind, ohne Einwilligung des Betreffenden weder verwerten noch Dritten mitteilen, es sei denn, die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sind allgemein zugänglich. Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung dieses Rahmenvertrages.

11.4

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Verbindlichkeiten aus diesem Rahmenvertrag und den Einzelverträgen ist Frankfurt am Main, soweit nicht ein ausschließlicher gesetzlicher Gerichtsstand besteht.

11.5

Folgende **Anlagen** sind Bestandteile dieses Rahmenvertrages:

Anlage 1 Preisblatt

Anlage 2 Beistellliste

Frankfurt am Main, den _____, den _____

 Stadwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anlage 1 zum Vertrag

Preisblatt

[Firma]
[Straße]
[PLZ, Ort]

Datum:
Ansprechpartner:
Tel.:
Fax:
e-Mail:
Angebots-Nr.:

- Alle gelb markierten Zellen sind, sofern zutreffend, vom Bieter auszufüllen.
- In die Spalte "Bemerkung Bieter" kann der Bieter Informationen eintragen, die zur Nachvollziehbarkeit seiner Angaben beitragen.
- Alle Preis- und Stundenangaben in diesem Leistungsverzeichnis erfolgen auf Grundlage des vom Bieter eingereichten Konzepts zur Unfallinstandsetzung des o.g. Fahrzeugs gemäß den Bedingungen des Rahmenvertrages.
- Mit seiner Unterschrift garantiert der Bieter, dass mit den nachfolgenden Preisangaben alle Leistungen zur vollständigen Instandsetzung des Fahrzeugs nach einem Unfall, als Wiederherstellung einer gegebenen Konstruktion, vollständig durch ihn bepreist sind.
- Die angegebenen Preise beinhalten demnach alle Kosten und Aufwendungen (u.a. Nebenkosten, Gewinnaufschläge usw.) für die komplette fristgerechte Auftragserfüllung ohne jegliche Zusatz- und Nebenkosten für uns. Neben den hier aufgeführten Stundensätzen und Pauschalpreisen werden keine weiteren Kosten vergütet.
- Sind nach Auffassung des Bieters Leistungen über die unten aufgeführten Positionen hinaus erforderlich, so sind diese in den vorgegebenen Positionen kalkulatorisch zu berücksichtigen. Der Bieter trägt in der Spalte „Bemerkung Bieter“ entsprechende Informationen zur Nachvollziehbarkeit seiner Preiskalkulation ein.

Nr.	Beschreibung	Anzahl	ME	Einzelpreis netto	Gesamtpreis netto	Bemerkung Bieter
1.	Transport					
	Hin- und Rücktransport je Fahrzeug	1,00	PAU	0,00 €	0,00 €	
2.	Fahrzeugeingang (z.B. Eingangskontrolle, Vollständigkeit, Sichtprüfung)					
	Projektleiter, Arbeitsvorbereitung, Qualitätssicherung		STD	0,00 €	0,00 €	
	SUMME Fahrzeugeingang	0,00	STD		0,00 €	
3.	Vermessung					
	Prüfung der Fahrzeuggeometrie gem. Schadensbild vor und nach der Unfallinstandsetzung	1,00	PAU		0,00 €	
	Prüfung der Fahrzeuggeometrie gem. Schadensbild vor und nach der Unfallinstandsetzung		STD			

4. Demontage					
Industriemechaniker		STD	0,00 €	0,00 €	
Metallbauer		STD	0,00 €	0,00 €	
Schweißer		STD	0,00 €	0,00 €	
Elektriker		STD	0,00 €	0,00 €	
Tischler		STD	0,00 €	0,00 €	
Lackierer		STD	0,00 €	0,00 €	
Projektleiter, Arbeitsvorbereitung, Qualitätssicherung		STD	0,00 €	0,00 €	
SUMME Demontage	0,00	STD		0,00 €	
5. Instandsetzung					
Industriemechaniker		STD	0,00 €	0,00 €	
Metallbauer		STD	0,00 €	0,00 €	
Schweißer		STD	0,00 €	0,00 €	
Elektriker		STD	0,00 €	0,00 €	
Tischler		STD	0,00 €	0,00 €	
Projektleiter, Arbeitsvorbereitung, Qualitätssicherung		STD	0,00 €	0,00 €	
SUMME Instandsetzung	0,00	STD		0,00 €	
6. Lackierung					
Metallbauer		STD	0,00 €	0,00 €	
Lackierer		STD	0,00 €	0,00 €	
SUMME Lackierung	0,00	STD		0,00 €	
7. Montage					
Industriemechaniker		STD	0,00 €	0,00 €	
Metallbauer		STD	0,00 €	0,00 €	
Schweißer		STD	0,00 €	0,00 €	
Elektriker		STD	0,00 €	0,00 €	
Tischler		STD	0,00 €	0,00 €	
Lackierer		STD	0,00 €	0,00 €	
Projektleiter, Arbeitsvorbereitung, Qualitätssicherung		STD	0,00 €	0,00 €	
SUMME Montage	0,00	STD		0,00 €	
8. Inbetriebnahme, statisch					
Industriemechaniker		STD	0,00 €	0,00 €	
Metallbauer		STD	0,00 €	0,00 €	
Schweißer		STD	0,00 €	0,00 €	
Elektriker		STD	0,00 €	0,00 €	
Tischler		STD	0,00 €	0,00 €	
Lackierer		STD	0,00 €	0,00 €	
Projektleiter, Arbeitsvorbereitung, Qualitätssicherung		STD	0,00 €	0,00 €	
SUMME Inbetriebnahme, statisch	0,00	STD		0,00 €	
9. Projektierung (z.B. Projektkoordination, Qualitätssicherung etc.)					
Projektleiter, Arbeitsvorbereitung, Qualitätssicherung		STD	0,00 €	0,00 €	
SUMME Projektierung	0,00	STD		0,00 €	

10. Einmalkosten					
Materialkosten (z.B. Metallurgiematerialien im Rohbaubereich, Montagematerialien wie Normteile, Schweißzusatzwerkstoffe etc. - vgl. §4.5 des Vertrages)	1,00	PAU		0,00 €	
sonstige Einmalkosten (der Leistungsinhalt ist in der Spalte "Bemerkung Bieter" detailliert aufzuführen)	1,00	PAU		0,00 €	
SUMME Einmalkosten		PAU		0,00 €	
11. Lieferzeit (jeweils in Bezug auf vorherigen Meilenstein)					
Auftragsvergabe					
Abholung beim AG		WCH			
Schadensbegutachtung nach Rohbaufreilegung		WCH			
Rohbauabnahme beim AN		WCH			
Werksprüfung beim AN		WCH			
Endabnahme (Fahrzeugübergabe)		WCH			
SUMME Lieferzeit	0,0	WCH			
12. Zahlungsplan					
Anzahlung bei Auftragsvergabe (gegen Bürgschaft gem. § 9 Abs. 9.4)		%		0,00 €	
Rohbauabnahme beim AN		%		0,00 €	
Werksprüfung beim AN		%		0,00 €	
Endabnahme (Fahrzeugübergabe)		%		0,00 €	
Gesamtaufwand				0,0 STD	
Gesamtspreis netto				0,00 €	
Nachlass in %					
oder Nachlass pauschal					
Angebotspreis netto inkl. Nachlass				0,00 €	

Ort, Datum, Firmenstempel und rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage 2 zum Vertrag
Beistellliste

Lfd.-Nr.	Bezeichnung	Mat.-/Art.-Nr.	Zeichnungs-Nr.	Menge	benötigt bis	Bemerkung AN	24h-Lager	Lager 10	Mat.-Nr.	Bestellung	vorhanden	Liefertermin	Bemerkung VGF
1													
2													
3													
4													
5													
6													
7													
8													
9													
10													
11													
12													
13													
14													
15													
16													
17													
18													
19													
20													
21													
22													
23													
24													
25													
26													
27													
28													
29													
30													
31													
32													
33													
34													
35													
36													
37													
38													
39													
40													
41													
42													
43													
44													
45													
46													
47													
48													
49													
50													
51													
52													
53													
54													
55													
56													
57													
58													
59													
60													
61													
62													
63													
64													
65													
66													
67													
68													
69													
70													
71													
72													
73													
74													
75													
76													
77													
78													
79													
80													

Verfahren: VGF-EU 206/24 - Rahmenvertrag Unfallinstandsetzung von Straßen- und U-Bahnfahrzeuge

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Kriterium 1 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist die Zertifizierung für klebetechnische Arbeiten nach DIN 6701 vorhanden?

Das Zertifikat muss mit dem Teilnahmeantrag eingereicht werden.

Bei der Auswahl "Nein" oder "Keine Angabe" wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Kriterium 2 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist die Zertifizierung für schweißtechnische Arbeiten nach DIN EN 15085-2 vorhanden?

Das Zertifikat muss mit dem Teilnahmeantrag eingereicht werden.

Bei der Auswahl "Nein" oder "Keine Angabe" wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Kriterium 3 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Vorlage von drei geeigneten Referenzen der letzten 5 Jahre

Kann das Kriterium erfüllt werden?

Bei der Auswahl "Nein" oder "Keine Angabe" wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Für jedes Referenzprojekt sind in den folgenden Textfeldern weitere Angaben durch die Bieter zu tätigen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Beschreibung Referenz 1

K.O.-Kriterium: Nein

Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes und des Auftraggebers (Mussangabe!)

Bei fehlender Angaben und fehlender Rückmeldung zu eventuellen Nachforderungen erfolgt der Ausschluss des Bieters.

5 Beschreibung Referenz 2

K.O.-Kriterium: Nein

Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes und des Auftraggebers (Mussangabe!)

Bei fehlender Angaben und fehlender Rückmeldung zu eventuellen Nachforderungen erfolgt der Ausschluss des Bieters.

6 Beschreibung Referenz 3

K.O.-Kriterium: Nein

Bezeichnung der Leistung, des Auftragswertes, des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes und des Auftraggebers (Mussangabe!)

Bei fehlender Angaben und fehlender Rückmeldung zu eventuellen Nachforderungen erfolgt der Ausschluss des Bieters.

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Lastenheft Werkstattausrüstung.xlsx	14,54 KB	xlsx
Dateianlage	Beispielunfall S-Wagen.pptx	350,40 KB	pptx